

Wöchentlich 70 Blätter, monatlich 2 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 0,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch  
9. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne für die 20 Pfennig-Postkarte 6 - Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (zu fünfzig zweifelhafte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellungsfrage das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnentenzeit 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhofs 292-297. Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

# Neun Jahre Republik!

## Zum 9. November.

Von Carl Severing.

Seit neun Jahren bemühen sich einige Duzend ehemaliger Heerführer und einige Hundert ihrer publizistischen Trabanten um den Nachweis, daß Deutschlands Fall im Jahre 1918 nur die Folge des dem Heere hinterwärts verkehren Dolchstoßes sei. Neun Jahre lang haben wir in der Abwehr dieser Geschichtsklitterung die Versuche zurückgewiesen, das deutsche Volk für die Unfähigkeit seiner Heerführer, für den Mangel an Erkenntnis der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit, für die Blindheit in der Vertretung der deutschen Kriegsziele, kurzum, für den absoluten Mangel an politischer Führung verantwortlich zu machen. Mit beispielloser Bravour haben sich die deutschen Truppen geschlagen, mit heroischer Entschlossenheit und bewundernswürdiger Disziplin hat das Volk alle Leiden und Entbehrungen der Kriegsjahre getragen. Wer das bestreitet und den unausbleiblichen Zusammenbruch als das Werk der „Krieger-Revolution“ und der „Riesmacher“ in der Heimat bezeichnet, der fähigt nicht nur Geschichte, sondern schmätzt auch das eigene Volk.

Heute brauchen wir freilich in der Abwehr dieser Geschichtsklitterung eigene Kräfte nicht mehr sonderlich aufzuwenden. Die Memoiren der Heerführer und Politiker, die sich mit der Vorgeschichte und den Verlauf des Krieges beschäftigen, ergeben in ihrer Summe ein so anschauliches Bild von den Fehlern und Unterlassungen in der Politik und Heerführung jener Jahre, daß seine Vorführung allein genügt, um selbst die emstigten und struppelosesten Kolportage der Dolchstoßlegende zum Schwelgen zu bringen. Und was der ehemalige Ludendorff in den letzten Monaten seiner öffentlichen „Tätigkeit“ geleistet hat, das widerlegt mehr als alle kritischen Einwendungen der republikanischen Parteien die frommen Märchen von der genialen deutschen Führung im Weltkriege. Wenn ein Mann mit diesem Hirn und Horizont über die militärische Leitung hinaus auch die Politik unter seine Botmäßigkeit bringen konnte, dann kann man sich nur darüber wundern, daß der Zusammenbruch nicht schon viel früher erfolgte.

Indes haben heute Betrachtungen über die Schuld am Zusammenbruch ebenjowenig Sinn, wie die Reden der Diplomaten über Fragen der Kriegsschuld. Die Sozialdemokratie kann ihre Offensiv gegen die Dolchstoßschwindler in anderer Form führen. Mögen die Ewig-Gestrigten und die politischen Klageweiber über den Zusammenbruch weiterhin echte oder Krokodilstränen vergießen — wir fragen heute, in der Mitte unserer Werbeweche: Was dünkt euch um den Wiederaufbau?

Als am 9. November 1918 die Kunde von der Ausrufung der Republik durch die Lande eilte, da ging ein Aufstehen durch die Massen. Die Republik — das fühlte jeder — war der Friede! Vorbei das Blutvergießen, zu Ende die Zerstörung und der Hunger. Unter der Devise: „Für Friede, Freiheit und Brot!“ begannen die Volksbeauftragten ihre Tätigkeit. Aber schon einen Tag später sollte das deutsche Volk durch die Waffenstillstandsbedingungen der Entente erfahren, daß der Friede teuer erkauft werden müßte, daß an die Stelle der abgestreiften monarchischen Fesseln der Druck der Siegerstaaten treten würde. Und der Hunger blieb!

Mit jedem neuen Tage ergossen sich aus dem Westen und dem Osten die breiten Ströme der zurückstretenden Truppen ins Land. Die vier Jahre lang in engen Gräben, in Schlamm und Blut, gehaust, strebten heim, wollten zum Weihnachtsfeste im Kreise der Familie sein. Nicht immer und nicht überall gelang die geordnete Rückführung, zu breit war der Millionenstrom der Heimkehrer, zu stark der Drang nach Hause.

Schon lange vor Beendigung des Krieges, als unsere Annexionsisten noch von einem „Siegfrieden“ träumten, mit einer Befestigung fremden Landes und mit einer beträchtlichen Kriegsentwöhnung rechneten, da haben Vertreter von staatlichen und gemeindlichen Behörden, Arbeiter- und Unternehmerrorganisationen das schwierige Problem der Demobilisierung eines Achtmillionenheeres zwar erörtert, aber nicht zur Lösung gebracht. Jetzt, nach dem Zusammenbruch, blieb für Erörterungen keine Zeit mehr, jetzt mußte gehandelt werden. Und die schier unlösliche Aufgabe wurde gelöst: in einem Zeitraum von wenigen Wochen waren Millionen von heimgekehrten Soldaten wieder in ihre beruflichen Stellungen gebracht. Ohne Reibungen war das freilich nicht abgegangen. Wo die Einstellungen Verzögerungen erfuhren, wo der Hunger unerträglich an die Türen pochte, da waren Plünderungen von

Lebensmittellagern und die gewaltsame Umleitung von Lebensmittelzügen keine Seltenheit. Schließlich gelang es, auch diese Ausschreitungen einzudämmen und die Wirtschaft in leidlich geordnete Bahnen zu bringen. Unser Volk, das beim Zusammenbruch aus tausend Wunden blutete, war vor dem Verbluten gerettet.

In der Beurteilung der Geschehnisse, während und nach der Revolution, stehen naturgemäß die Vorgänge in Berlin im Vordergrund. In Berlin erfolgte die Proklamierung der Republik, wurde die Regierung der Volksbeauftragten eingesetzt, tagte der Zentralrat der deutschen Republik. Und die Bestimmungen der Volksbeauftragten bildeten den Rechts- und Wirkungsboden für die Arbeit zum Wiederaufbau des Landes. Aber man wird dieser Arbeit nicht ganz gerecht, wenn man sie nur nach den Berliner Vorgängen beurteilt. Die stille und beharrliche Arbeit unserer Parteifreunde im Lande, die Unterbringung und Betreuung der heimkehrenden Soldaten, der Kampf um die gerechte Verteilung der Lebensmittel, die Abwehr neuer Zersplitterungen im eigenen Lande — das waren zwar keine prunkenden Quadern, aber die solidesten Bausteine zur Befestigung des jungen Staatswesens, zur Errichtung des neuen Deutschlands.

Und das Geheimnis dieses Wanders, der Schlüssel dieses schnellen Wiederaufbaus heißt: Organisation. Es ist ein Glück für Deutschland im allgemeinen, wie für die deutsche Arbeiterklasse im besonderen, daß es der Gewaltpolitik Bismarcks nicht gelungen ist, das selbständige, politische Auftreten der deutschen Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei zu unterdrücken. Seine Epigonen hätten willenslose Arbeiterflaven zwar in den Krieg kommandieren können, aber zum schöpferischen Aufbau eines niedergebroschenen Volkes gehörte der freie Mann, der nur die Unterordnung unter die Interessen der Gesamtheit kennt und anerkennt. Diesen freien Mann, den freien deutschen Arbeiter, hat die Organisation der Sozialdemokratie geschaffen und erzogen. Als er nach dem Nachtgebot seiner politischen Unterdrücker kein Vaterland hatte, als seine treuesten Kameraden in den Schmachjahren des Sozialistengesetzes recht- und heimatlos von Ort zu Ort gehetzt wurden, da wurde ihm seine Organisation Schutz und Heimat, die Zufluchtsstätte der um ihrer Ueberzeugung Willen Gedrängten und Verfolgten. Um jeden Fußbreit staatsbürgerlicher Rechte mußte er mit den herrschenden Gewalten ringen. Die Organisation verschaffte ihm

das Rüstzeug. Die Lücken der Volksschulbildung, die an jedem Tage dieses Ringens allzu deutlich hervortraten, versuchte die Erziehungsarbeit der Organisation auszufüllen. So reifte der deutsche Arbeiter zum Staatsbürger heran, der an politischer Bildung und Disziplin die breitesten Schichten der Bourgeoisie bei weitem überragte, aber gerade darum sich auch nicht willig dem Schicksal der Recht- und Heimatlosigkeit ergab. Die Organisation sollte ihm die Kraft geben, den Staat jung zu hämmern, ihn zum Volksstaat, zum Staat freier Männer umzuformen...

Die Kriegsnot und der Bruderzwist in den eigenen Reihen hatte die Schlagkraft der Organisation bei Kriegsende unlegbar bedeutend geschwächt. Eine einige und geschlossene Partei am 9. November — und manche Streitfrage von heute, wie Fürstenabfindung und Einheitsstaat, Republikanisierung der Verwaltung und der Wehr wäre nach menschlichem Ermessen sehr schnell geregelt worden. Für diese Hammerschläge zum Neubau des neuen Staates blieb damals keine Kraft und keine Zeit. Es galt zunächst den Staat überhaupt am Leben zu erhalten, und diese Aufgabe ist gelöst worden durch die Organisation der deutschen Arbeiterklasse. Die Nachtmittel des alten Staates, Heer und Polizei, waren zerbrochen, die Erasmittel sehr fragwürdiger Natur. Die einzige wirksame Staatsgewalt in jenen Tagen war die von der Organisation gepflegte Einsicht und Vernunft, die Disziplin und Solidarität der deutschen Arbeiter. Dieser Staatsgewalt verdankt Deutschland seine Rettung.

Wir wollen uns dieses Werk gewiß nicht verkleinern lassen. Aber dürfen wir mit ihm schon zufrieden sein? Die vielen Pfeiler und Bastionen, die dem deutschen Volke den Weg zur politischen Freiheit und Mündigkeit versperrten, hat der 9. November 1918 hinweggefegt. Aber damit sind noch nicht alle Schranken gefallen. Wir brauchen die Kraft des ganzen werttätigen Volkes, um zu den Hammerschlägen auszuholen zu können, die alle Ketten sprengen und den Staat nach unserem Willen formen. Wir brauchen die Gut und die Begeisterung aller, um das Feuer zu entfachen, in dem wir ein neues Band, das Band der Menschenliebe schmieden wollen.

Eine geschwächte Organisation hat Deutschland vor dem Tode errettet, die starke soll es zum wahren Frieden und zur wahren Freiheit führen.

## Die Angst um die Krone.

### Wie das preussische Kriegsministerium die Monarchie retten wollte.

Der 9. November, der dem deutschen Volke die Republik gab, bestätigte die bangen Befürchtungen, mit denen man in Regierungskreisen seit Jahren das unaufhaltsame Fortschreiten der antimonarchischen Strömungen bemerkt hatte. Um diese „Strömungen einzudämmen“, fand am 25. Mai 1917 eine Kriegsministerialkonferenz statt, in der hundert zusammengewürfelte Vorschläge gemacht wurden, um das längst in allen Fugen krachende Kaisertum wiederherzustellen. Eine Regierung aber, die nach drei blutigen Kriegsjahren und in der Not einer furchtbaren Zeit nichts anderes kannte, als dem Volke kindische Neuherlichkeiten zu bieten, wie sie in der Verleihung von Denkmünzen und Ehrenzeichen bestanden, und es wiederum über seinen Herrscher zu täuschen, wie es dreißig Jahre hindurch getäuscht worden war, und das Bild Wilhelms II. und seines Hauses in bengalischem Licht erstahlen zu lassen, war zum Zusammenbruch reif geworden, und der eiserne Besen des 9. November segte nur werillos gewordenen Abfall zur Seite. Wir geben das bisher noch nicht veröffentlichte Dokument einer naiven Hilflosigkeit in seinem Wortlaut wieder:

Sitzung Kriegsministerium 25. Mai 1917, wie den Wirkungen der antimonarchischen Strömungen entgegengetreten wird.

Neben Aufklärung durch Presse, Geistliche, Lehrer und Frauen auch Hebung der Stimmung im Volke durch Krone.

a) gelegentliche Anerkennung der Verdienste der Zivilbeamten in der Heimat während des Krieges,

b) umfangreiche Ordensauszeichnungen z. B. Friedensauszeichnungen an Beamte, Erweiterung der für das G.R. am weißschwarzen Bande Borzuschlagenden und Hilfsdienstkreuz.

Ferner muß S. M. der Kaiser, sowie sein Haus dem Volke wieder persönlich nähergebracht werden. Dies ist zu erreichen:

a) durch häufigere Reisen S. M. nach Berlin und zu den kleinen Bundesstaaten, wodurch Gelegenheit gegeben ist, sich weiteren Volkstreffen zu zeigen und mit ihnen Fühlung zu nehmen. Diese Reisen müssen einen triftigen Grund haben und über ihren Verlauf muß „in besserer Ausstattung als bisher berichtet werden.“ (1)

b) S. M. soll Anteilnahme an Arbeiterkreisen zeigen durch Besuche von größeren Betrieben, Auszeichnungen von Arbeitgebern und -nehmern und durch vorübergehende Einrichtung von tgl. Gebäuden als Erholungsheime.

c) Presse und Film sollen mehr als bisher Aufklärungsarbeit leisten über „die in harter Pflichterfüllung geleistete Arbeitstätigkeit des Monarchen und der Mitglieder seines Hauses (1), über die Einsachheit ihrer Lebensweise (1), ihre Leistungen vor dem Feinde (11), Verluste usw.“ Vermehrte Tätigkeit in Lazaretten, und Verwundetenfürsorge, Veröffentlichung der Reden und gelegentlicher Äußerungen S. M.

d) den Gerüchten über den Kronprinz muß ein Ende gemacht werden.

e) Hofinterpersonal soll nicht klaffen.

f) alle fürstlichen Heerführer müssen mehr mit neutralen und einheimischen Journalisten zusammengebracht werden, die ihre persönlichen Eindrücke im In- und Auslande in günstigem Sinn verwerthen können, doch ist Vorzicht bei Auswahl dieser Leute geboten (1), die niemals allein empfangen werden dürfen.

# Preußen amnestiert.

## Ueber 4000 Begnadigungen vollzogen. — Demagogie der Kommunisten.

Im Rechtsausschuss des Preussischen Landtags gelangte am Dienstag ein kommunistischer Amnestieantrag zur Beratung. Der Antrag war aus rein demagogischen Gründen gestellt; verlangte er doch die völlige Begnadigung für sämtliche politischen und von den Kommunisten für politisch gehaltenen Straftaten ohne Rücksicht auf die Schwere der Tat, die Motive des Täters, die Höhe der Strafe, gleichgültig auch, ob von rechts oder links begangen. Nur die Helden der Schwarzen Reichswehr sollten ausgenommen sein. Der unsicheren Begründung durch den kommunistischen Abgeordneten Obuch war anzumerken, daß dieser selbst die Schwäche seiner Position wohl erkannte.

Für das preussische Justizministerium erklärte Ministerialrat Schäfer: Bei der letzten allgemeinen Amnestie des Jahres 1925 sind in Preußen 24 000 Begnadigungen ausgesprochen worden, darunter 7000 Niederschlagungen schwebender Verfahren, 12 000 erlassene Gefängnisstrafen, der Rest verteilt sich auf die übrigen Straftaten. Die jetzigen Einzelgebührenweise anlässlich der Hindenburg-Amnestie betragen auf Grund der bisher eingegangenen Verurteilungen bereits über 4000, diese Zahl ist jedoch eine vorläufige, da die Begnadigungen bisher noch nicht abgeschlossen sind. Die endgültige Zahl kann erst später bekanntgegeben werden. Es handelt sich meist um völlige Gnadenentlassung, nur bei einer Minderzahl von Fällen ist Bewährungsfrist verlangt. Im Vergleich zu den übrigen Ländern und dem Reich stehe Preußen mit dieser Zahl von Begnadigungen absolut und relativ wahrscheinlich an erster Stelle.

Für die Sozialdemokratie führte Genosse Kuttner aus: Amnestieren heißt vergeben, einen Strich unter die Ereignisse machen. Die Regierung hat das ein paarmal getan, die Kommunisten verlangen es immer wieder von ihr. Wollen aber auch die Kommunisten einen Strich unter die Ereignisse bis 1923 machen? Nach den Oppositionsreden von Ruth Fischer und Schölem sowie nach gewissen Anzeichen auch im Preussischen Landtag föhne man ja eine veränderte Taktik der SPD. annehmen. Aber Obuch möge für die

SPD einmal offen erklären, daß sie die Putschtattat der früheren Jahre verwerfe. Dann werde den Sozialdemokraten die Stellung zu einer Generalamnestie sehr erleichtert sein. Grundfänglich sei auch er, der Redner, sehr dafür, unter die Ereignisse bis Ende 1923 einen Strich des Vergessens zu ziehen. Aber die Einstellung der noch schwebenden Hochverratsprozesse ist Reichs Sache, wie denn überhaupt die Kommunisten ihr Amnestieerlangen auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts und der bayerischen Justiz stützen an der Preußen nichts ändern kann. Würden nach dem kommunistischen Antrag sämtliche politischen Vergehen bis zum heutigen Tage ohne Ausnahme amnestiert werden, so fielen auch darunter die hakenkreuzerlichen Friedhofs-Schänder, die nationalsozialistischen Messerhelden, die gemeinen Verleumder republikanischer Minister und Staatsmänner usw. Das wollten doch auch die Kommunisten nicht. Deswegen ist für die letzten Jahre, in denen das politische Verfall ohne hin nicht mehr Massenercheinung gewesen ist, das System der Einzelbegnadigung vorzuziehen, bei dem man die Fälle nach wirklichen Gerechtigkeitsverwägungen auszuwählen kann. Schließlich hat ja auch die Sowjetunion die Grenze ihrer Begnadigungen beim Jahre 1923 gezogen und obendrein sämtliche politischen Gegner ausgeschlossen.

In einer sehr matten Entgegnung erklärte Obuch, den Standpunkt der Kommunisten zur Putschtattat nicht vorlegen zu können. Es käme auch auf seine Stellung gar nicht an (natürlich, nur auf die Wotstaus!). Der kommunistische Antrag wurde darauf gegen die Stimmen der beiden Kommunisten abgelehnt.

Auch diese Debatte hat gezeigt, daß die republikanische preussische Regierung praktisch weit mehr tut als die Kommunisten mit ihren Demonstrationsanträgen. Die Zahl von 4000 Begnadigungen dürfte noch erheblich größer werden. Schon jetzt nimmt sie sich sehr wohlthuend aus gegen den wenigen Duzend Begnadigungen, die die reaktionäre Reichsregierung vorgenommen hat.

## g) Empfang und Besprechung mit Parlamentarier aller Parteien.

b) Regierungsmassnahmen auf dem Gebiet sozialer Fürsorge und zur Erleichterung der Lebensmittellieferung möglichst auf Initiative S. M. zurückzuführen.

i) Für Auslands- und Inlandspropaganda sind größere Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Für die Verwirklichung dieses Programms lagen die größten Schwierigkeiten bei S. M. selbst. In Reisen und Reden hatte es freilich niemals gefehlt. Aber schon der Empfang von Parlamentariern war eine schwierige Sache. Dafür ein interessantes, bisher gleichfalls noch nicht bekanntes Beispiel. Auf die Anfrage des Staatssekretärs im Auswärtigen Amte, Zimmermann, ob bei dem Empfang der Parlamentspräsidenten im Großen Hauptquartier durch S. M. am 24. Januar 1917 auch die beiden Vizepräsidenten Paasche und Dr. Dove den Reichstagspräsidenten begleiten dürften, erhielt Zimmermann die Antwort, daß davon dringend abzuraten sei, da S. M. zunächst jeden Empfang überhaupt „galt“ abgelehnt habe, und nur der Hinweis, daß es sich um eine „kleine Anzahl von Personen“ handle, ihn geneigter stimmte. „Jetzt nochmals darauf zurückzukommen, und zwar bezüglich an sich nicht sehr willkommener Personen dürfte gefährlich sein.“

Im übrigen spricht das Protokoll des Kriegsministeriums für sich selbst. Es war ein System der Lüge und der Furcht, das heute vor neun Jahren — für das deutsche Volk viel zu spät — sein längst verdientes Ende erreichte.

## Gegen Monarchie und Flaggenstreit.

### Die Stimme eines Deutschnationalen.

Im Novemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ beschäftigt sich der Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ Dr. Bernhard v. Stegmann und Stein mit der Parteipolitik der Deutschnationalen. Er bekennt sich zum konservativen Gedanken, verdammt aber die reaktionäre Politik der Deutschnationalen, die „ihre oft durch Alter verschärfte geistige Unbeweglichkeit ins Krankhafte“ steigerten, um dann fortzuführen:

Nun wollen wir gewiß nicht verkennen, daß die Deutschnationale Partei in letzter Zeit einige Fortschritte gemacht hat, um aus der Negation herauszukommen und praktische Erfolge bereits erlangt. Aber die geistige Umwandlung und Modernisierung der Partei von Grund aus wird, wie zu befürchten ist, allzulange auf sich warten lassen, wenn, wie bisher, nur gelegentlich und gleichsam durch Hinterlistige Konzessionen an die Zeit gemacht werden. Das Haupthindernis bildet die monarchische Frage. Obwohl es, politisch gesprochen, eine solche in der Gegenwart gar nicht gibt — die Gemütsseite steht hier nicht zur Erörterung — sucht man sie aus Rücksicht auf die Reaktionskräfte immer wieder in den Vorbergrund zu rücken, und erfindet allerhand schillernde Formulierungen, während man in praxi nach republikanischem Muster verfährt und verfahren muß. Ich ermahne nur an den Ehd. sämtlicher Staatsbeamten und Offiziere. Durch dieses Doppelspiel kommt ein Zug von Ananksthaftigkeit und Schwanken in die Rechtspolitik, die dem Staatswohl und bald auch der Partei — vielleicht werden es schon die nächsten Wahlen erweisen — schädlich ist.

Die Monarchie sei durch jahrzehntelange Verurteilungen der Konservativen gefallen, das sei ein Strafgericht, jetzt gäbe es kein Zurück mehr:

„Frankreich, das vor 130 Jahren, wie Deutschland, auf eine tausendjährige Monarchie zurückblieb, hat uns gezeigt, wohin es führt, wenn Staaten die einmal gestürzte Staatsform wieder einführen wollen. Dreimal wurde der Versuch gemacht, und dreimal ist er gescheitert. Wir müssen uns klar sein, daß in den nächsten Jahrzehnten auch bei uns der Versuch nur im Falle einer Katastrophe einige Aussicht auf vorübergehenden Erfolg haben könnte. Vor einer solchen Katastrophe bewahre uns aber der Himmel!“

Der Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ wirft den Deutschnationalen weiter vor, daß sie sich gegen den konservativen Gedanken verständigten, wenn sie sich gegen den Einheitsstaat und gegen die Gemeinshaftschule wenden, und schließt dann mit den Worten:

„Bohrhaftig, die Partei verleugnet ihre Grundzüge nicht, wenn sie in neuer Zeit dem neuen Staate dient, nein! sie ist dazu verpflichtet! So mag auch die frühere Schwarzweiherr als Symbol männlich starker Politik und der Sehnsucht nach neuer Größe des Reiches, alle rechtsstehenden Parteien sammeln. Doch muß es unter unserer Würde sein, sie in Feindschaft zur offiziellen Reichsflagge zu stellen und dadurch beide zu diskreditieren. Man soll dem Volke nicht vorprelegen, daß bloß durch Flaggenwechsel feilsche oder materielle Änderungen in der politischen Lage Deutschlands herbeigeführt werden könnten. Dazu ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, viel zu schwer und heilig.“

So wie der Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ denken viele Deutschnationale. Sie wagen aber ihre Ansichten aus Angst vor den Reaktionskräften nicht offen zu vertreten. Die Deutschnationale Partei steht unter der Knute der Konservativen.

## Auch Freitagsh-Loringhoven wird nachdenklich.

Stettin, 8. November. (W.B.)

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach sich der Abgeordnete v. Freitagsh-Loringhoven unter dem Thema „Verfassungsreform“ für die Beibehaltung des jetzigen Wahlrechts aus, obwohl er der Deutschnationalen Partei im Grunde nicht zusagen könne. Alle vorgeschlagenen Änderungen würden nur den Mittelparteien zugute kommen. Die Partei sei also in einer ganz paradoxen Lage, könne aber nicht für die Änderung eintreten, um nicht ihre Gegner zu stärken. Eine Annäherung an den Einheitsstaat sei erstrebenswert. Eine Monarchie könne nur durch umwälzende außenpolitische Ereignisse wiederkommen.

## Stillelegung städtischer Bauten.

### Eine Folge der Anleiheabotage der Reichsbank!

Sollingen, 8. November.

Die Stadt Sollingen wird im Laufe dieser Woche sämtliche städtischen Bauarbeiten, sofern es sich nicht um unabweisbar notwendige Arbeiten handelt, stilllegen, da die erforderlichen Gelder nicht auf dem Anleihewege zu beschaffen sind und laufende Mittel für die Fortführung der Bauten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

# Der Herr von Film und Presse.

## Hugenberg's Bekenntnisse.

Wie bereits angekündigt, hat Hugenberg seine Rede auf dem deutschnationalen Parteitag von Westfalen-Ost jetzt durch seine „Telegraphen-Union“ der Presse übergeben. Diese Rede enthält die schwersten Angriffe gegen die Zeitung des Jungdeutschen Ordens, die er der Sache, wenn auch nicht dem Grade nach, mit der „Menschheit“ des Professors Förster auf eine Stufe stellt, und da er klipp und klar den Professor als einen „Vaterlandsverräter“ bezeichnet, so wissen die Jungdeutschen jetzt genau, wie Herr Hugenberg ihre Führer einschätzt.

Ueber den Streit zwischen diesen beiden „nationalen Potenzen“ hinaus aber haben einige Äußerungen Hugenberg's Allgemeininteresses, z. B. die folgende:

„Mit Herrn Minister Schäfer bin ich durchaus einig, daß es dem Herrn Minister nur sehr erwünscht sein kann, wenn er aus dem Lande heraus drängende und dringende Schreie hört, die ihm den Hintergrund geben dafür, seinerseits sich im Kabinett mit den Forderungen für die Landwirtschaft durchzusetzen. Damit, daß diese Forderungen im Kabinett gestellt werden, sind sie nicht durchgesetzt, weil nicht die Deutschnationale Volkspartei allein regiert. Sorgen Sie dafür, daß sie allein regiere, dann werden wir alles machen.“

Hugenberg verrät also ganz offenherzig, welchen Zweck das Geschrei der Agrarierpresse über die „Notlage der Landwirtschaft“ haben soll. Es ist nur dazu bestimmt, dem deutschnationalen Minister Vorwände zu neuen agrarischen Gesetzesforderungen in die Hand zu geben, während die deutschnationalen Abgeordneten im Lande weiter nach dem Rezept Hugenberg's agitieren: „Wenn wir allein regieren, werden wir alles machen!“

## Das Recht auf die Wohnung.

### Bürgerliche Parteien für den Mietwucher.

Im Wohnungsausschuss des Reichstags, der am Dienstag seine Beratungen über die Abänderung des Reichsmietengesetzes aufnahm, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Ziele der Wohnungspolitik. Die Forderung nach einem sozialen Mietrecht, wie sie vom Genossen Lipinski vorgetragen und mit der Notlage des Wohnungsmarktes begründet wurde, fand die Gegnerschaft des deutschnationalen Reichsministers Hergl. Dieser aber wurde noch übertroffen von dem Volksparteiler Beythien und von dem deutschnationalen Abgeordneten Steiniger, die jeden Versuch, das Recht der breiten Massen auf eine angemessene Wohnung sicherzustellen, als eine Art Sozialisierung des Hausbesitzes bezeichneten. Steiniger stellte sich dabei sogar auf den Standpunkt, auch beim wuchernden Hausbesitzer sei der Eigentumsbegriff heilig. Nur so nebenher erkannten beide Redner an, daß in anormalen Zeiten wie jetzt ein gewisser Mieterschutz bleiben müsse.

Demgegenüber trat Abg. Silberschmidt (Soz.) als warmer Fürsprecher für die notleidenden Mieter auf. Er zeigte die großen Gefahren für die Volksgesundheit, die sich bei einer Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft ergeben müßten. Gesundheit, Stillsicht und Sparsamkeit als zentrale Kulturvorsetzungen der Nation müßten die Richtlinien bei der Neuordnung des Mietrechts bilden. Das Romantikum des Mieters, der weder dem Vermieter noch Dritten gegenüber sich rechtlich als Wohnungsherr betrachten kann, weil das Schwert der Kündigung über ihm schwebt, ist eine Belastung für den gesunden Zusammenhalt des Volksganzen. Die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes der völligen Freiheit des Besitzenden würde unerträglich sein. Die Eigenschaft des glücklichen Besitzenden, die in der Aufhebung und Sabotierung des Beschlages von Großwohnungen ihren schlimmsten Ausdruck fand, hatte für das unglückliche Pöbel der Nation, das seit dem Kriege in die Ehe trat, mit der Wohnungslosigkeit auch den Zwang zur Kinder-

Hugenberg kam in seiner Antwort auf den jungdeutschen Oppositionsredner auch auf seine Beziehungen zur Ufa zu sprechen, und er berichtete darüber ebenso offenherzig:

Die Mehrheit der Ufa liegt in den Händen der nationalen Gruppe, von der ich vorhin gesprochen habe, und ich habe jedem, der es hören wollte, bei Einleitung des Geschäfts gesagt, daß ich es nur machen würde, wenn mein einhelliger und ausschlaggebender Einfluß klar sei. Wenn auf dieser Grundlage andere mitgehen wollen, so kann mir das nur sehr lieb sein.

Die nationale Gesellschaft, von der er spricht, besteht nach seiner Darstellung in einer Organisation, an deren Spitze zwölf nationale Männer stehen und in deren Auftrage er während der Inflation Blätter, die bis dahin den nationalen Kurs nicht eingehalten hatten, erworben hat, um sie nicht an die großen demokratischen Presseunternehmen fallen zu lassen. Mit Hilfe der „nationalen Organisation“ zur Herstellung der Hugenberg'schen Meinungsfabriken hat er sich nun auch, wie er offen zugibt, die große Ufa-Gesellschaft dienstbar gemacht in dem Maße, daß er, der Allgewaltige deutschnationaler Politik, in diesem Filmkonzern allein zu bestimmen hat!

Die ungeheure Propagandamacht, die dieser Pressemagnat so in seiner Hand vereinigt, darf nicht unterschätzt werden. Aber sie wird in ihren Auswirkungen scheitern an dem festen Willen, der ihrer Interessen bewußten Arbeiterklasse. Seine Ausführungen geben unseren Parteigenossen einen neuen Ansporn, zu werben für die von den Kapitalkonzernen unabhängige sozialdemokratische Presse!

losigkeit zur Folge. Die Geburtenverminderung bildet das Memento für den individualistischen Materialismus auf dem Gebiete des Wohnrechts. Der Standpunkt des „Herr im Hause“, des Besitzers des bürgerlichen Rechts, war nur zeitweilig, solange immer neue Massen bereit waren, die Wohnungen zu füllen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wohnung nach der Rechtslage ein wirkliches Heim sein konnte. Heute ist es notwendig, die Wohnungsnormen so umzugestalten, daß aus der Wohnung wirklich ein Heim wird. Es handelt sich um das Heimrecht auch des nicht Boden Besitzenden und diese Frage rührt an die Existenz der Nation. Für die Materialisten allerdings bedeutet dieser Weg den bitteren, aber notwendigen Verzicht auf bisher geschützte freie Willkürrechte des Besitzenden.

## Eine unliebsame Verzögerung.

### Erkrankung des polnischen Verhandlungsführers.

Der Departementsdirektor im polnischen Außenministerium Dr. Jaskowski, der mit der Führung der polnischen Handelsdelegation beauftragt wurde und sich am Mittwoch nach Berlin begeben wollte, ist leicht erkrankt. Die Aufnahme der deutsch-polnischen Besprechung in Berlin wird sich deshalb um einige Tage verzögern.

Ueber das Programm der deutsch-polnischen Besprechungen erfahren wir, daß zunächst eine Fühlungnahme zwischen Jaskowski und Stresemann in Frage kommt. Dabei sollen die grundlegenden Fragen der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen erörtert und die politischen Voraussetzungen für ein deutsch-polnisches Wirtschafts- und Handelsabkommen geschaffen werden. Die Behandlung der Einzelfragen übernimmt, soweit sie sich auf den eigentlichen Handelsvertrag (Zölle usw.) beziehen, im späteren Stadium der Verhandlungen Dr. Pöffe vom Reichswirtschaftsministerium. Die Regelung der übrigen Fragen ist besonderen Besprechungen zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, Kaufher, und dem polnischen Außenminister vorbehalten.

# „Der Sieg war zum Greifen nahe“.

## Tirpitz biegt Dalken in Schweden.

Der Großadmiral a. D. und deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Tirpitz ist, den Spuren Ludendorffs und Kapps folgend, nach Schweden gereist. Er redet dort und läßt sich interviewen. Einem Vertreter des „Astonbladet“ z. B. versicherte er, daß die deutsche Flotte im Oktober 1918 gute Aussichten für einen entscheidenden Kampf gegen die englische Flotte gehabt habe, nachdem die Unterseeboote in die deutschen Häfen zurückgeführt worden und zusammen mit der Hochseeflotte eingesetzt werden konnten. Nach dem Plan Admirals Hipper's sollte die deutsche Hochseeflotte in den Kanal auslaufen und die Verbindung zwischen England und Frankreich unterbrechen. Bei dem darauf zu erwartenden Angriff der englischen Flotte sollten zunächst die deutschen Unterseeboote voll eingesetzt werden, dem Gegner großen Schaden zufügen und dann der Hochseeflotte die Vollendung des Zerwürfs zu überlassen. Die Revolution habe den Sieg verhindert.

Jeder Unterrichtete weiß, daß der Krieg nach den Erklärungen der D.H.R. schon im September verloren, daß er nach dem Zusammenbruch sämtlicher Verbündeter Deutschlands gar nicht weiter zu führen war. Ein Seesieg, der nur in der Phantasie der Admirale möglich war, hätte an dem Kriegsergebnis auch nichts mehr geändert. Es war ein Glück für Deutschland, daß die Matrosen den Wahnsinnspas ihrer Vorgesetzten zum Scheitern machten. Herr v. Tirpitz aber, der deutschnationale Abgeordnete, fährt im Ausland spazieren und verleumdet mit seinen Dolchstoßigen das deutsche Volk.

# Die Beamtenbefoldungsreform.

## Regierungsparteien schweigen im Ausschuss.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt trat am Dienstag in die Spezialberatung des Beamtenbefoldungsgesetzes ein und brachte sie bis zum § 5. Von den drei Oppositionsparteien, den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, lagen zu allen Paragraphen zahlreiche Abänderungsanträge vor. Insbesondere die sozialdemokratischen Anträge, die allgemein als sachgemäß und beachtlich bezeichnet wurden, gaben Anlaß zu ausführlichen Debatten. Diese Debatten wurden allerdings nahezu ausschließlich von den Rednern der Opposition bestritten. Die Regierungsparteien und die Vertreter der Regierung selbst hielten an der bisherigen Politik fest und nahmen, wenn überhaupt, nur zu kurzen Erklärungen das Wort.

Der grundsätzliche § 1 der Vorlage lautet:

Die planmäßigen Reichsbeamten erhalten ein Grundgehalt und einen Wohnungszuschlag. Daneben erhalten sie Kinderzuschläge und, soweit es in diesem Gesetz bestimmt oder zugelassen ist, Zulagen.

Nach dem sozialdemokratischen Antrag sollte diese Bestimmung wie folgt gefaßt werden:

Das Dienstverhältnis der Reichsbeamten besteht aus a) dem Grundgehalt und b) dem Ortszuschlag. Neben diesem Dienstverhältnis erhalten die Reichsbeamten Kinderzuschläge.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag ebenso wie alle anderen Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt und die beratenen Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Nur in einer Bestimmung des § 3 nahmen die Regierungsparteien eine erhebliche Einschränkung vor. Nach der Regierungsvorlage sollten die Beamten des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei in die Dienstverhältnisse nach dem Ermessen des Reichspräsidenten oder des Reichskanzlers eingewiesen werden. Die Regierungsparteien änderten diese Bestimmung dahin, daß solche Einweisung nach dem billigen Ermessen des Reichspräsidenten oder des Reichskanzlers nur bei ihrer erstmaligen Übernahme erfolgen dürfe.

# Paul Boncour's Programm.

## Als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses.

Paris, 8. November. (Eigenbericht.)

Als Nachfolger des zurückgetretenen Abg. Franklin Bouillon wurde heute der Sozialist Paul Boncour zum Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Kammer gewählt. Von den abgegebenen 32 Stimmen — bei 44 Mitgliedern — erhielt Paul Boncour schon im ersten Wahlgang 21 Stimmen. Für ihn haben außer den Sozialdemokraten sämtliche bürgerlichen Linksparlier gestimmt. Die „gemäßigten Republikaner“ hatten als Gegenkandidaten den Abg. Barthélemy aufgestellt, der es jedoch nur auf 9 Stimmen brachte. Die gesamte Rechte war der Wahl ferngeblieben, da sie von der Aussichtlosigkeit eines Kampfes überzeugt war.

In der Ansprache, mit der Paul Boncour sein Amt antrat, erinnerte er daran, daß er seit seinem Eintritt in das Parlament seine ganze Kraft ausschließlich den Problemen der Völkerverständigung und der nationalen Verteidigung gewidmet habe. Durch seine Wahl habe die Kommission ebenso wie durch die seinerzeit fast einmütig erfolgte Zustimmung zu den Verträgen von Locarno den Wunsch nach Fortführung der Politik des Friedens und der Verständigung bezeugt. Diese Politik müsse ohne Schwanken, aber auch ohne Illusionen fortgesetzt werden. Frankreich werde keine der Sicherheiten opfern, die es augenblicklich besitze, ohne daß ihm in einer gleichwertigen internationalen Garantie der volle Gegenwert geboten werde; es werde unentwegt an der eingeschlagenen Politik festhalten, die allein die Möglichkeit biete, künftige Kriege zu verhindern.

# Sozialistische Statist.

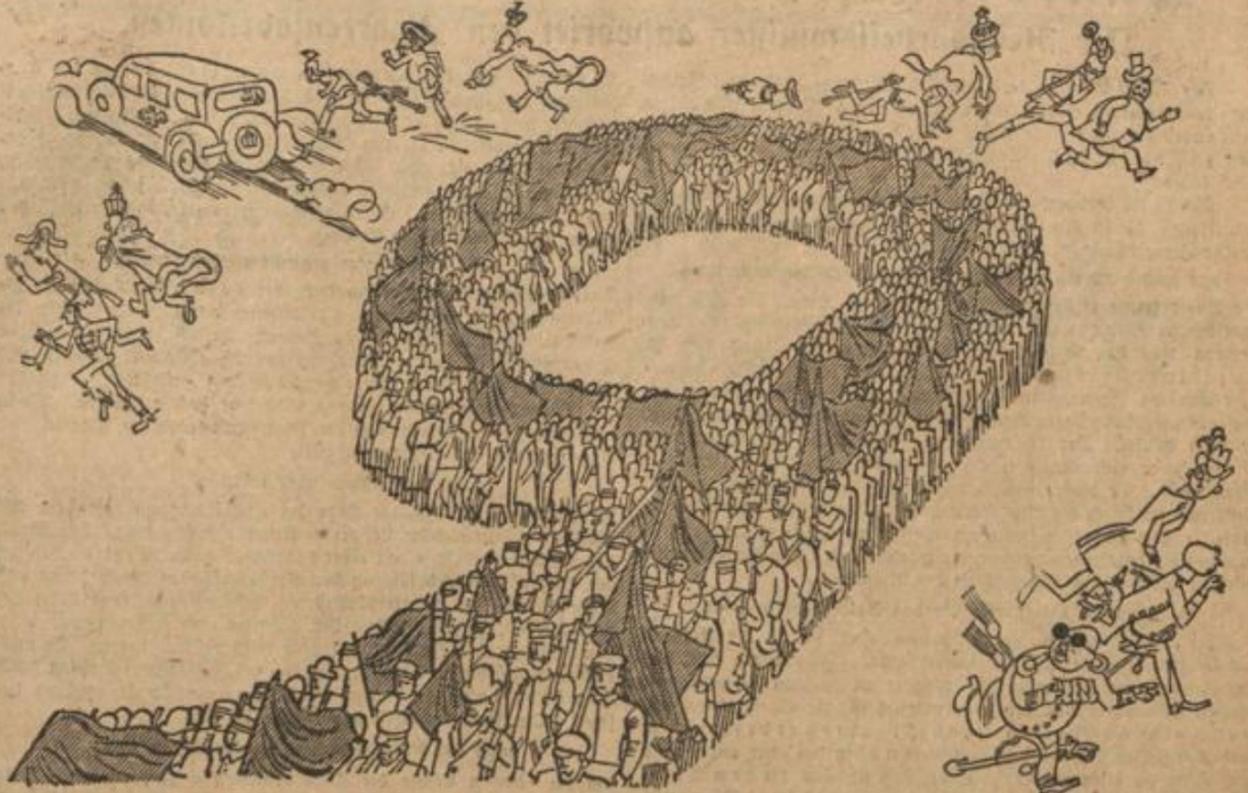
Die Kammer hat am Dienstag die Beratungen für 1928 begonnen. Wie im letzten Jahre, ist auch diesmal die Generalausprache bis zur Beratung des eigentlichen Finanzgesetzes zurückgestellt. In der Einleitungsrede des Ministeriums für öffentliche Arbeiten beschwerte sich Gen. Faure über die Kohlenpolitik der Regierung, die nur zu Preisrückgängen und zu Lohnbewegungen geführt hat. Gen. Bedouce legte über den schlechten Zustand der Straßen und regte an, wieder in größerem Maße die deutschen Sachlieferungen heranzuziehen. Minister Tardieu wickelte einer klaren Antwort aus.

# Britisches Silber — russisches Staatsgut.

Riga, 8. November. (T.L.)

Die lettische Kriminalpolizei beschlagnahmte, nach einer Meldung der „Swobodni“, im Rigaer Zollamt auf Bitten der englischen Gesandtschaft eine Silbersendung, die aus Rußland kam. Bei der Prüfung ergab sich, daß das Silber der früheren englischen Mission in Petersburg gehört hatte. Im Zusammenhang mit der Beschlagnahme sind vier Personen verhaftet worden.

# Die schreckliche Neun!



### Sie bleibt lebendig!

# Der Fall Oscar Slater.

## Seit 17 1/2 Jahren im Zuchthaus — vielleicht unschuldig! Eine Zuchthausstragödie in Schottland: Nicht entlassen, weil staatenlos. — Das Auswärtige Amt soll eingreifen.

Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ veröffentlicht am 4. November an hervorragender Stelle einen aufsehenerregenden Artikel über den Fall Oscar Slater. Es handelt sich um einen ehemaligen reichsdeutschen Staatsangehörigen jüdischer Abstammung, der im Jahre 1908 nach Amerika auswanderte, jedoch auf britisches Verlangen wieder ausgeliefert wurde, weil er im Verdacht stand, in Glasgow einen Raubmord an einer älteren wohlhabenden Frau begangen zu haben. Das hauptbelastende Moment gegen Slater bestand darin, daß er eine wertvolle Diamantbroche für 50 Pfund veräußert hatte, die angeblich der Ermordeten gehört hatte. Das Hausmädchen der Ermordeten erkannte jedoch die verlorene Broche nicht als das Eigentum ihrer Herrin; später stellte sich sogar heraus, daß die

### Verurteilung vier Wochen vor dem Tode

erfolgt war. Dennoch war er im Mai 1909 vom Schwurgericht in Edinburgh zum Tode verurteilt worden: Neun Geschworene hatten ihn für schuldig befunden, fünf hatten ihr Votum dahin abgegeben, daß die „Schuld nicht erwiesen“ sei, einer hatte ihn sogar für unschuldig erklärt.

Am Vorabend der Hinrichtung erreichte eine

### von 20 000 Bürgern unterzeichnete Petition,

die den Schuldbeweis als ungenügend bezeichnete, daß Slater begnadigt, d. h. zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Alle späteren Versuche, das Verfahren wieder zu eröffnen, schlugen fehl.

Es ist nun in England üblich, lebenslängliche Zuchthäuser, die sich gut aufgeführt und arbeitsam gezeigt haben, nach zwölf, höchstens fünfzehn Jahren zu entlassen. Diese Voraussetzungen treffen auf Slater zu. Doch wird er seit 1921 unentwegt im Zuchthaus behalten aus einem sonderbaren Grunde, den ein hoher britischer Gefängnisbeamter dem „Daily Herald“ selbst enthüllt:

### „Slater kann deshalb nicht entlassen werden, weil er staatenlos“ ist.

Er hat die deutsche Nationalität verloren, die englische nicht erwerben können. Wenn er in irgendeinem Land ein Domizil nachweisen könnte, dann würde er glatt entlassen und in dieses Land abgeschoben werden. Da er das nicht kann, wird er in der Strafanstalt von Peterhead behalten! Dabei ist, wie der berühmte Kriminalromanautor Conan Doyle, der sich sehr für Slater einsetzt und dieses Argument als eine lächerliche bürokratische Spitzfindigkeit bezeichnet, die frühere deutsche Adresse Slaters sehr wohl bekannt, da das letzte, was er vor seiner Auswanderung aus England getan hatte, war, eine Geldanweisung in Höhe von fünf Pfund an seinen alten, in Deutschland wohnenden Vater zu senden. Diese Adresse kennen die englischen Behörden.

Wir meinen, daß unabhängig davon, ob Slater schuldig oder unschuldig war — Conan Doyle hält ihn unbedingt für unschuldig — etwas für den Mann geschehen muß, der

### seit fast 18 Jahren im Zuchthaus sitzt

und normalerweise seit drei, vielleicht sogar seit acht Jahren hätte in Freiheit gesetzt werden müssen. Da nun starke Argumente dafür sprechen, daß er sogar gänzlich unschuldig ist, ist es u. U. die Pflicht auch der deutschen Behörden, sich mit den zuständigen englischen Stellen in Verbindung zu setzen. Der Mann war sicher einmal Deutscher. Wenn er, aus welchen Gründen immer, die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat und, wie namentlich so viele Juden, staatenlos geworden ist, dann genügt wahrscheinlich nur ein Wort der deutschen Botschaft, um der Tragödie von Peterhead ein Ende zu machen. Es scheint sogar, daß die englischen Behörden es nicht ungern sehen würden, wenn Deutschland Slater nachträglich reklamieren würde, damit sie von dem bürokratischen Dilemma befreit werden, in dem sie sich befinden. Wir meinen jedenfalls, daß das Auswärtige Amt der deutschen Volksgemeinschaft in London die Kunde geben sollte, diese traurige Angelegenheit in die Hand zu nehmen und nötigenfalls von sich aus Oscar Slater als Reichsdeutschen zu reklamieren. Damit würde das Reich einen Akt der Menschlichkeit vollziehen, unabhängig davon,

ob Slater an dem Glasgower Mord beteiligt war oder nicht: War er schuldig, dann hat er durch 18 Jahre Zuchthaus wohl hart genug gebüßt. — War er aber unschuldig, welche grauenhafte Tragödie! Und welche

### Lehre für die Anhänger der Todesstrafe in Deutschland,

daß dieser Mann, obwohl vielleicht unschuldig, nur durch eine großzügige, spontane Petition von 20 000 englischen Bürgern dem Henker entzogen werden konnte!

# Der Weltgläubiger in Washington.

## 400 Millionen Goldmark an einem Tage!

Washington, 8. November.

Nach einer Zusammenstellung des Schatzamtes sind am 15. Dezember folgende Noten fremder Schulden fällig: von England 92 575 000 Dollar, von der Tschechoslowakei 1 800 000 Dollar, von Belgien 1 125 000 Dollar, von Polen 1 000 000 Dollar, ferner kleinere Beträge von Finnland, Ungarn, Lettland, Litauen und Estland von insgesamt 9 657 400 Dollar.

Als vorläufig uneinbringlich wurden vom Schatzamt 250 Millionen Dollar von Rußland und 16 Millionen Dollar von Armenien abgeschrieben.

# Ungarischer Anleihegeschwindel.

## Angeblieh rein private Aktion.

Paris, 8. November. (Eigenbericht.)

Die ungarische Gesandtschaft gibt eine offizielle Darstellung über die Anleihegeschwindelungen, wegen der am Dienstag in Paris drei Verhaftungen vorgenommen wurden. Es handelt sich dabei um verbotene Ausfuhr österreichisch-ungarischer Postzugsanleihen aus Ungarn, die mit einem falschen ausländischen Stempel versehen wurden. Das Manöver hatte den Zweck, die Anleihebände, die in Ungarn nur mit Papierkronen verzinst wurden, als angeblich ausländische Bände mit Goldkronen zu verkaufen zu lassen. Die ungarische Regierung hat gegen die Fälscher Klage eingereicht. Die Angelegenheit stellt sich also als eine rein private Betrugsaffäre dar, für die die ungarische Regierung eine Verantwortung nicht treffen könne.

# Lockerung der Handelshemmungen.

## 18 Staaten stimmen dem Genfer Abkommen zu.

Genf, 8. November. (Eigenbericht.)

Das internationale Abkommen über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote wurde gestern in Genf von 18 Ländern unterzeichnet, nachdem die Staaten Japan, Rumänien und Südafrika noch nachträglich ihre Zustimmung zu dem Protokoll gegeben hatten. Amerika bezieht sich eine endgültige Stellungnahme noch vor. So wenig befriedigend die Regelung im einzelnen ist, wenn man von der Konferenz eine wesentlich freiere Gestaltung des internationalen Handelsverkehrs erwartet hatte, so läßt sich ein bedeutender Fortschritt nach der Richtung nicht verkennen, daß die Konferenz den ersten bedeutenden internationalen Vertrag zwischen einer großen Anzahl von Staaten zur gemeinsamen Regelung internationaler Handelsfragen ausgearbeitet hat. Der Präsident der Konferenz, der holländische Kolijn, würdigte das auch in seiner Schlussansprache.

Die Berliner NSD. gepöngt. Wie „Der Jungdeutsche“ meldet, hat der Parteisekretär der Ortsgruppe Berlin der Frau „Alten Sozialdemokratischen Partei“, Bernhard Kausch, sein Amt niedergelegt. Er geht nach Halle a. d. S. zum Landesverband Mitteldeutschland des Stahlhelms, wo er anscheinend Sozialreferent unter Duesterberg werden soll. Kausch war schon seit längerer Zeit Mitarbeiter bei der Zeitschrift Duesterbergs, dem „Alten Deutscher“.



# Die Überraschten vom 9. November



Unvergessen ist Erich Ludendorffs blaue Brille. Auch der Gewaltige von Hannover, Hauptmann der Landwehr und späterer Landgerichtsdirektor Jürgens, hatte heimlich bei Nacht und Nebel pflüchtlich nach langfristiger Herrlichkeit, als Zivillist verummutet, das Weite gesucht. In der Tat: Alle die Offiziere, die bis dahin ihre Pflicht darin gesehen hatten, den Schneidigen herauszubehalten und ihre Leute zu schinden, waren verdüstet. Sie entzogen sich der schweren Mission, von ihren bisherigen Untergebenen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Anständigen, und darunter vor allem ein großer Teil der wirklichen Frontoffiziere, die mit ihren Kompagnien in Kampf und Not zusammengestanden hatten, blieben bei der Truppe. Niemand dachte daran, ihnen auch nur ein Haar zu krümmen. Gemeinsam mit den Soldatenführern führten sie das Heer in die Heimat. Die Truppen freilich bekamen sich geschlossen gegen die Monarchie und für Freiheit und Republik.

### Unsere Bürger.

Was aber taten unsere Bürger? Was taten beispielsweise unsere Großgrundbesitzer, die sich bisher immer mit lautem Runde die fetteste, die härteste, die unerschütterliche Stütze von Thron und Altar genannt hatten? Griffen sie unter Abfinden des Viebes: „Heil dir im Siegertranz“ zur Waffe, stellten sie sich wie ein Wall, bis in den Tod getreu, vor ihren angestammten König und Herrn? Nein! Sie verflochten sich ins Maulschloß, sie beugten sich vor den Arbeiter- und Soldatenräten, sie behaupteten sogar, immer schon in ganz besonderem Maße sozial empfunden zu haben. Von der Großbourgeoisie in der Stadt merkte man so gut wie nichts! Sie hockte hinter dem Ofen und hatte nur Angst, daß Sendboten der Revolution die gehämstesten Schinken und Würste endenlos und beschlagnahmen würden. Wenn aber ein Schuh ertönte, wenn auch nur ein Autoreifen platzte, dann bibberten die Herzen dieser vormaligen Vaterlandsparteiler, denen es im Kriege nicht darauf angekommen war, ungezählte Hefatomben deutscher Proletarier für Longwy und Brieg, für Calais und Dünkirchen, für Gent und Rüttich, für Riga und Reval zu opfern. Es war ein klägliches Schauspiel!

### Die Arbeiterschaft.

Die deutsche Heimat wäre zusammengebrochen, wenn es nach dem Verlangen von Fürsten, Offizieren und Bürgern niemanden gegeben hätte, der das Steuer der schlingelnden Staatsschiffe in die Hand nahm. Aber es griff jemand ein, es hobelt im allgemeinen Lohwabohu jemand die Nerven, es gab einen Retter: die



„Revolution. — Und wo bleiben wir?“

deutsche Arbeiterschaft! Die Geschmähten von einst — und von heute —, die „vaterlandslosen Gesellen“ retteten das Vaterland. Der große Zusammenbruch des prunkenden wilhelminischen Staatsgebäudes war da. Die es bisher gestützt hatten, waren entwichen und hatten sich versteckt. Wie einst der Römer Curtius in den Abgrund sprang, so trat jetzt die Arbeiterschaft in die Bresche. Röchelte alle Wähe zuweilen vergeblich scheinen, wir haben es geschafft: Volk und Heimat sind vor dem Chaos gerettet!

Auf den 9. November folgte der 11. August, der Tag der Verfassung von Weimar. Im Staatsgrundgesetz des Volkes stehen die lapidaren Worte: „Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es mag eine gewisse Zwangsläufigkeit der Geschichte sein, daß auf eine Periode des Fortschritts eine Periode des Rückschritts folgt. Aber daran, daß unser erneuertes Deutsches Reich eine Republik ist und die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, kann kein Reudell, kein Hergt, kein Schiele etwas ändern!

Der 9. November fällt in diesem Jahre in die Werbewoche der Sozialdemokratie. Für sie und damit für die deutsche Republik zu arbeiten und zu wirken, sei unser Gebühde an diesem Tage, damit im Wahljahre 1928 die Ueberrasschen vom 9. November endgültig zur Räson gebracht werden. H. D.

### Revolution in Wilna.

Der große Abenteuerfilm Krieg warf einen kleinen Statisten noch am Schluß nach Wilna; er sollte wohl von den angenehmeren Dingen in der Etappe aus etwas zu schmücken bekommen! Vom 1. November bis zum 23. Dezember 1918 weilte er in der schönen alten Judenstadt; es war die höchste Zeit, daß dann die deutschen Soldaten abzogen, denn die Polen warteten schon ungeduldig, das warme, wenn auch stark verlaustes Nest einzunehmen.

Der Schreiber dieses kurzen Aufsatzes war in die Redaktion der „Wilnaer Zeitung“ abkommandiert worden. Der Betrieb der Druckerlei zählte circa 100 Mann. Als Borgeleiter fungierte ein

junger Leutnant, der vom Zeitungswesen herzlich wenig verstand, aber mit außerordentlichen Sprachkenntnissen ausgestattet war. Drei Redakteure teilten sich in die Redaktionsleitung, jeder mit anderer politischer Einstellung, die aber, solange das alte Regime hielt, nichts galt. Das Hauptzeitungsmaterial waren die Wolffschen Depeschen, die recht einseitig verarbeitet wurden. So kam es, daß die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen am 7. November noch in drei Zeilen verdeckt wurde. Über die Meldungen aus Berlin lauteten von Tag zu Tag drohender. Was draußen geschah, erfuhren die Soldaten und das Volk auch ohne uns. Besonders von Rußland her schien ein guter Informationsdienst zu bestehen. Am 10. November brachten wir als Extrablatt die erste Rundgebung des Wilnaer Soldatenrats heraus. Die Redaktion war daran nicht beteiligt, sie war von den Ereignissen überrollt worden. Den durch Funkpruch verbreiteten Aufruf, überall Soldatenräte zu bilden, hatte die Wilnaer Garnison sofort befolgt. Mittags zogen die Truppen vor die Kommandantur und zwangen den Militärgouverneur, ihre Forderungen anzuerkennen. Als Führer fungierte ein Soldat Frontenberg, politisch eingestellt zwischen SPD. und USR. Das Volk auf den Straßen schrie den Soldaten, die sie als Befreier von der Knechtschaft ansahen, begeistert zu.

In unserer Redaktion war nunmehr Hochbetrieb. Je nach Einstellung schnitten nun die Scheren langsamer oder freudiger das Zeitungsmaterial aus den Depeschen, später teilten wir uns weise die Arbeit gleichförmig ein, so daß jeder von uns nach der Reihe die Zeitung machte und das Blatt bei einem Tag als volksparteiliches, den zweiten als liberales, den dritten Tag als sozialdemokratisches Organ erschien. Das spielte aber gegenüber der rapiden Entwicklung, die die Dinge nahmen, gar keine Rolle. Der kleine Leutnant zeigte sich erst am zweiten Tage wieder, nachdem ihm von seinen Zuträgern in seinem Versteck bei seiner Liebsten geflüstert worden war, „daß ihm niemand was tun würde“. Der Feldwebel, der die Rechnungsabteilung leitete, hatte die weiße Urkunde, den Jörn seiner einflügeligen Untergebenen zu fürchten, er hatte die Leute miserabel behandelt. Er wurde aus einem Kleiderschrank herausgeholt und, nachdem er Abbitte geleistet hatte, in Frieden gelassen.

Nun wurde das Gerücht ausgestreut, die Polen rückten an, Wilna zu besetzen. Das führte beinahe wieder zur Uebergabe der Kommandogewalt in die Hände der Offiziere. Zum Glück trat ein anderer Faktor in Erscheinung, das Proletariat. Dasselbe, das fast vier Jahre hindurch im Dreck und in Löchern gehaust hatte, am 16. Dezember standen die Arbeiter auf der Straße. Die Freude, die Erregung der Massen war unbeschreiblich. Alte härteste Männer hielten sich an den Händen und bildeten mit Frauen und Kindern eine Kette, so zogen sie jubelnd durch die Straßen. Abends versammelte sich ganz Wilna zu einem politischen Meeting in der Stadthalle. Die Bühne war rot ausgefärbt. Die Redner aller Gruppen sprachen von Befreiung und glücklicher Zukunft und vom Zusammenstehen in der Gefahr. Leider zerfiel das schöne Gebilde sofort wieder, wie es entstanden war. In verschiedenen Nationalitäten zerpalten, in Litauer, Weißrussen, Polen und Juden, waren diese Nationalitäten in sich wieder in Gruppen der verschiedensten Parteilichkeiten zerfallen. Zu allem Gefährte sich die Angst: „Was wird aus uns werden, wenn die deutschen Soldaten abziehen?“ Wirklich sollen später die Polen fürchtbar unter der politischen Arbeiterschaft Wilnas gewütet haben.

Am 23. Dezember packte auch die Druckerlei der „Wilnaer Zeitung“ ein. Es hatte ihr so gut in der letzten Zeit gefallen, daß sie am liebsten noch eine Zeit dageblieben wäre. Die Markthäuser Wilnas waren bis an die Decke hinauf mit Speck und Mehl und anderen schönen Dingen gefüllt, Geld war auch da, was brauchte man weiter?

In einem nahgraunen Morgen zogen wir, unser Gepäck auf Säckchen verladen, zur Bahn. J. R.

### Ein Schandfleck am Wannsee.

#### Wann kauft die Stadt das Nordfluggelände?

An der Straße, die vom Bahnhof Ritowsee nach dem Freibad Wannsee führt, liegen hinterhand, dicht hinter den letzten Häusern von Beelhof, die Bauarbeiten der Nordfluggesellschaft, einer Gesellschaft, die 1920 ein Stück schönen Hochwaldes vom Forstmeister erwarb, um große Hotel- und Restaurationsanlagen am Ufer des Wannsees entstehen zu lassen. Offenbar sollte in dieser Gegend dem bekannnten „dringenden Bedürfnis“ abgeholfen werden.

Aus Hotel- und Restaurationsbau wurde nichts, Behörden verweigerten ihre Genehmigung, die Gesellschaft wollte dann in schnell errichteten Werkstätten Sportboote aller Art bauen, auch das Geschäft zerbrach und schließlich legte sich die Nordfluggesellschaft auf die Ausbeutung der Bodenschätze, nachdem vorher schon durch den Verkauf des abgeholzten Waldes das Grundstück fast kostenlos der Gesellschaft zugefallen war. Ausgerechnet am Wannsee entstand eine — Kalksandsteinfabrik, die mit ihren veräußerten Anlagen wirklich nicht zur Verschönerung der Gegend beiträgt, zudem aber noch, ein Skandal ohne gleichen, nach Art der Tonbrüche bei Jägelstein, tiefe Gruben in den früheren Waldböden gräbt und den märkischen Sand mit Kippförmern in ihre Fabrik fährt, um ihn in Gestalt von Kalksandstein gegen gutes Geld zu verkaufen. Das ganze Gelände gereicht der Gegend nicht zur Zierde; selbst der sonst schöne Weg zum Freibad ist auf dem Gelände der Gesellschaft vertommen und verrottet. Die Gesellschaft ist jetzt so ziemlich pleite, ein günstiger Moment für die Stadt Berlin, durch den Ankauf des Geländes den Schandfleck zu beseitigen. Der Erwerb wird zur Notwendigkeit angefaßt der Tatsache, daß abgelehnt vom Freibadgelände, kaum noch ein Reichtum das Ufer des schönen Wannsee betreten kann. Gerade dieser See und seine Umgebung ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Zugänge zu den Ufern der nächst Berlin liegenden Seen und Flüsse immer mehr der Erholung suchenden Bevölkerung entzogen werden. Gewisse rechtgerichtete Stadterordnungen haben schon einmal aus dem Nordfluggelände am Wannsee Material zur Hege gegen Groß-Berlin gezogen, indem sie die Stadterwaltung für die Verschandlung der

Wenn wir zurückblicken auf den 9. November des Jahres 1918, so kann es geschehen, daß uns heute, 1927, angesichts der Tatsache einer Bürgerblockregierung, die Ereignisse jener Sturmwoche als beinahe märchenhaft erscheinen. Gerade deshalb aber ist es notwendig, den Herrschaften von rechts immer wieder vor Augen zu führen, was damals geschehen ist und wie sich die Gewaltigen von gestern benahmen in dem Augenblick, wo es darauf ankam, zu zeigen, daß man seine Gesinnung nicht nur im Runde führt, sondern auch mit Kopf und Hand für sie einsetzt.

### Unsere Fürsten.

Es waren die Tage, als unsere liebe Berliner Kreuzspinne, die „Neue Preussische Zeitung (Kreuz-Zeitung)“ schamhaft ihr Emblem: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ in der Verfertigung verschwinden ließ, um es erst einige Jahre später ebenso schamhaft wieder auftauchen zu lassen. Sie hatte 1918 in der Tat alle Veranlassung, mit Königen, Großherzögen und Fürsten nicht zu renominieren. Man denke doch einmal zurück! Noch am 14. Mai 1918, kein halbes Jahr vor dem endgültigen Zusammenbruch des Kaiserturns, hatte Wilhelm der Verfloissene im Rathaus von Aachen eine burleske Rede gehalten, in der er sagte: „Hart werden die Gegner mitgenommen, sie haben's auch nicht besser verdient, die Sache im Westen wird gemacht.“ Um zu zeigen, welche wichtigen, wahrhaft drängenden Sorgen ER hatte, fügte ER hinzu: „Nun, meine VCH, ist es auch Zeit, alles fremdländische abzutreiben. Alles französisch-partieren muß aufhören. Sprechen wir lieber unser deutsches Wort.“ Fünf Monate später sah der Mann, durch den angeblich die Sache gemacht wurde, aus der Reichshauptstadt Berlin ins Große Hauptquartier; von dort aus floh ER vierzehn Tage später nach Amerongen. Vielleicht portierte ER jetzt holländisch. ER ist übrigens identisch mit einem Mann, der 28 Jahre vorher gesagt hat: „VCH und mein Heer, wir gehören zusammen“ — VCH in Holland, das Heer an der Front! Sein ältester Sprößling handelte wie ER! Immerhin darf sich der Kaiser und König selbst seinem Sohne damit trösten, daß sich seine Kollegen auf den 22 Thronen Deutschlands, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ebenso unwürdig benahmen wie ER. Schon am 8. November hatte, auf den wirklich nicht übermäßig stürmischen Anstoß des Arbeiter- und Soldatenrates hin, Wilhelms selbsthätiger Schwiegersohn, der Herzog von Braunschweig, als erster unter den deutschen Potentoten, die denkwürdige Urkunde unterzeichnet, die da lautet: „Ich, Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, erkläre, daß Ich für Mich und Meine Nachkommen auf den Thron verziehe und die Regierung in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates lege. Ernst August.“ Die anderen folgten, und geradezu protest mütet es aus jenen Tagen, da der „Vorwärts“ von einer „Thronschmelze in Deutschland“ sprach, an, daß ausgerechnet der allerkleinste unter „unseren Verzicht“ sich widerstrebend zeigte. Der Waldecker Soldatenrat mußte nämlich nach Rassel telegraphieren: „Der Fürst lehnte es gestern nachmittags ab, freiwillig zurückzutreten. Er wurde deshalb für abgelehnt erklärt.“ Es ist eine Pflicht der Loyalität, zu erwähnen, daß bei dem allgemeinen schmächtlichen Verhalten der Könige von Württemberg und der Großherzöge von Baden die vorerwähnte rühmlich Ausnahme machten.

### Unsere Offiziere.

Im deutschen Vaterland regierten vom Tage der Erklärung des Kriegszustandes an unbefrähnt und absolut im wörtlichsten Sinne des Wortes Ihre Excellenzen die Herren Stellvertretenden Kommandierenden Generale. So sah denn auch beim IX. Armeekorps in Altona der General der Infanterie von Fall, der Typ des Schneidigen Offiziers, ein Kommissärlieb vom Scheitel bis zur Sohle, ein Mann, der bei den ihm unterstellten Truppenteilen als Leuteschinder bezeichnet wurde. Als der Soldatenrat ihn am 8. November sprechen wollte, war Seine Excellenz verschwunden, und allgemein zirkulierte in Hamburg-Altona das Wort: „Der Fall ist ausgeflogen.“ Geradezu lächerlich muß eine Bekanntmachung des damaligen Oberbefehlshabers in den Marken, Generaloberst v. Linsingen, anmuten, der noch am 7. November, zwei Tage, bevor er weggefliegt wurde, verordnete: „In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran. Der Oberbefehlshaber in den Marken, von Linsingen, Generaloberst.“ Achtundvierzig Stunden später hatte — ähnlich, wie man in Dresden mit lieben Worten amtlich verkündete: „Die Dynastie Wettin hat zu bestehen aufgehört.“ — diese „bestehende Staatsordnung“ des Herrn Generaloberst zu bestehen aufgehört.

Gegend und die Berohtung des Weges verantwortlich machen wollten.

Um so mehr ist es jetzt an der Zeit, daß die Stadt sich Rechte am Ufergelände des Wannsees sichert, um so, vielleicht durch eine Umrundung des städtischen Freibades Wannsee, den Berlinern mehr Erholung und Freude zu verschaffen.

## Gattenmordprozeß Borchardt.

Das Urteil: 3 1/2 Jahr Gefängnis.

Das Schwurgericht verurteilte Dienstag nacht nach 2 1/2stündiger Beratung den Kaufmann Bruno Borchardt wegen Totschlags an seiner Ehefrau zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 9 1/2 Monaten Untersuchungshaft. — In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht sowohl aus dem ganzen Verhalten des Angeklagten zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß er mit vollem Bewußtsein gehandelt habe.

Ein eigentümlicher Mensch, dieser Kaufmann Borchardt! Er scheint tatsächlich zu den Männern zu gehören, die sich von den Frauen um den Finger wickeln lassen und die, von ihrer Liebe geblendet, an die Untreue der Geliebten trotz offenkundiger Beweise nicht glauben. Während seine Frau nach wie vor ihrem „Gewerbe“ nachgeht, glaubt er, daß sie in einer Bar beschäftigt sei und holt sie des Abends von der Friedrichstraße ab. Sein Freund schreibt ihm ins Gefängnis: „Sieh dich vor, überlege dir reichlich, ob du heiraten sollst.“ Die R. schwört ihm aber, daß sie ihm treu ist: „Meine Eltern“, sagt sie, „sollen in Hannover am Typhus sterben, wenn nicht alles Quacksal ist.“

Seinem Freunde schreibt er: „Als meine Frau diesen Schwur setzte, habe ich aufgeschrien; nun wird alles wieder gut. Wir bauen wieder Zukunftspäne.“ Trotzdem frist an ihm Mißtrauen und Eifersucht; in einem anderen Briefe an seinen Freund heißt es: „Ein Tor war ich, ich wollte durch die beschleunigte Trauung das Schicksal aufhalten.“ Diese Briefe zitierte der Sachverständige Dr. Störmer und brachte auf diese Weise die Persönlichkeit des Angeklagten dem Gericht näher. Dr. Störmer, der sich die große Mühe gemacht hat, eine große Reihe Borchardtscher Briefe durchzustudieren, behauptete, daß dieser Mensch, der noch Bildungsgrad und Herzensanlage die Kreise, in denen er verkehrt, um dieses übertrage, an seiner Braut und später an seiner Frau mit wirklicher Liebe gehegt habe. Der erblich belastete Psychopath und Alkoholiker mußte sich unermüdlich in einen Affekt hineinrennen. So sei es zur Katastrophe gekommen. Von einer trantholten Störung der Geistestätigkeit könne jedoch keine Rede sein, und der § 51 dürfte somit keine Anwendung finden. Sowohl der Direktor der Irrenanstalt Daldorf, Dr. Barh, als auch der Direktor der Irrenanstalt Herzberge, Dr. Falkenberg, schlossen sich dem Gutachten Dr. Störmers an; sie charakterisierten den Angeklagten als hysterischen, leicht beeinflussbaren Psychopathen und wollten für ihn eine verminderte Zurechnungsfähigkeit gelten lassen. Anders Professor Strauch. Er war der Ansicht, daß die heilige Liebe, die Borchardt für seine Frau empfand, die Eifersucht, die er monatelang kämpfte, in Verbindung mit dem übermäßigen Alkoholgenuß am tragischen Tage einen derart starken Affekt beim Angeklagten auszulösen imstande gewesen sei, daß er nicht entscheiden mag, ob der § 51 in Anwendung zu bringen sei oder nicht; er wolle dies dem Gericht überlassen. Und schließlich der letzte Gutachter, Dr. Leo Benz. Er hat längere Zeit den Angeklagten beobachtet, kennt auch seinen Kreis sehr gut. Er gab gewissermaßen den Schlüssel zur Lösung des Rätsels der eigentümlichen Beziehungen zwischen Borchardt und seiner Frau; in diesen Kreisen, sagte er, bedeutet die physische Untreue sehr wenig, um so mehr aber die physische Untreue; so sei der Affekt des Angeklagten zu verstehen. Er könne nur von ihm sagen, daß er im Alkoholkrausch Dinge zu tun imstande gewesen sei, die er bei normalem Bewußtsein nicht getan hätte. Er sei deshalb überzeugt, daß freie Willensbestimmung des Angeklagten bei der Tat ausgeschlossen gewesen sei; deshalb sei ihm der § 51 zuzuschreiben. Die Gutachten der Sachverständigen, der Professoren Brüning und Bock, waren für den Angeklagten ebenfalls günstig.

Der Staatsanwalt stellte sich in keinem Plädoyer auf den Standpunkt, daß Borchardt bereits mit der Absicht, seine Frau zu töten, Berndts Wohnung aufgesucht und keine Tat in vollem Bewußtsein ausgeführt habe. Er beantragte deshalb unter Zustimmung mildernder Umstände fünf Jahre Gefängnis. Rechtsanwalt Frey widersprach diesem Antrag: Es könne keinem Zweifel unterliegen, sagte er, daß der Angeklagte seine Tat in einem Zustande begangen habe, der eine freie Willensbestimmung ausschloß. Er sei deshalb freizusprechen. Auch Rechtsanwalt Dr. Diamant plädierte für Freispruch. Er bestritt, daß der Angeklagte über-

## Heute, am 9. November

dem Tag der Ausrufung der Deutschen Republik, des Beginns einer neuen staatlichen Entwicklung, zeigen die Republikaner, besonders unsere Parteigenossen die Fahnen der Republik und der Partei!

### Fahnen heraus!

haupt die Absicht gehabt habe, seine Frau zu töten; er sei zu Berndt gegangen, um sich mit ihm über dessen Beziehungen zu seiner Frau auseinanderzusetzen.

## Der Herzog von Ratibor freigesprochen.

Die Fahrlässigkeit ist nicht festzustellen.

Im Prozeß gegen den Herzog von Ratibor veränderte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Priffsch, nach mehr als zweistündiger Beratung, folgendes Urteil:

„Im Namen des Volkes wird für Recht erkannt: Der Angeklagte, Herzog von Ratibor, wird von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.“

Bei der Urteilsverkündung kam es im Zuhörerraum zu Beifalls- und Mißfallensfundebungen, die der Vorsitzende energisch rügte und für die er im Wiederholungsfall mit der Räumung des Saales drohte. — In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: „Dem Angeklagten ist fahrlässige Tötung zur Last gelegt worden. Das Gericht ist zu der Feststellung gekommen, daß der Tod des Rutschers Hyttel durch den Schuß des Angeklagten veranlaßt worden ist. Das Gericht hatte die Frage zu prüfen, ob die Tötung auf Fahrlässigkeit des Angeklagten zurückzuführen war oder nicht. Tatsache ist gewesen, daß der Gegenstand, auf den der Angeklagte geschossen hat, nicht das Wildschwein sondern der Rutschers Hyttel gewesen ist. Das Gericht hat ferner festgestellt, daß eine Verwechslung vorgekommen ist. Zuungunsten des Angeklagten sprach, daß er ein alter erfahrener Jäger gewesen ist, daß er das Gewehr auf den Zielstand aufgelegt hatte und ruhig prüfen konnte und Zeit hatte, das Ziel durch das Fernrohr anzusprechen. Gegen Fahrlässigkeit spricht der Umstand, daß der Angeklagte nicht ohne weiteres damit rechnen mußte, daß jemand auf dem Wege ihm in die Schußlinie kommen könnte. Die tatsächliche Feststellung der Fahrlässigkeit ist nicht möglich gewesen, und der Angeklagte mußte deshalb freigesprochen werden.“

Der Herzog wurde nach der erfolgten Freisprechung von seinen Freunden und den Forstbeamten, die im Zuhörerraum in großer Zahl Platz genommen hatten, lebhaft begrüßt. Ob gegen das Urteil von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt werden wird, steht noch nicht fest. Nach unserer Information wird Oberstaatsanwalt Brinckwich, der die Anklage vertreten hat, sich mit seiner vorgesetzten Behörde, dem Generalstaatsanwalt in Breslau, in Verbindung setzen. Von der Entscheidung des Generalstaatsanwalts wird es abhängen, ob das Verfahren zum zweitenmal aufgerollt werden wird.

## Feuer in der Charlottenstraße.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern abend um 20 Uhr nach der Charlottenstraße 6 gerufen. In der Lichtpausapparate- und Maschinenfabrik von Otto Philipp war aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, das an leichtbrennbaren Materialien reiche Nahrung fand. Ueber eine mechanische Leiter und das Treppenhaus wurde das Feuer mit mehreren Schlauchleitungen angegriffen. Nach fast dreistündiger Tätigkeit rückten die Löschzüge gegen 23 Uhr wieder ab. Die Völlerei mußte Abperlungen vornehmen, da sich eine große Schaar Neugieriger eingefunden hatte.

In einem Zimmer des Jagdschlösses Ottenide bei Klein-Glienicke brach gestern nachmittag aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer aus. Nur durch das schnelle und tatkräftige Eingreifen der Glienicke Feuerwehr, die nach kurzer Zeit an der Brandstelle eintraf, konnte größeres Unheil vermieden werden. Die Feuerwehrmannen, die auf den Alarm herbeieilte, konnte, ohne eingreifen zu müssen, wieder abrücken.

## Ein Institut für Verkehrswissenschaft.

Der anfangs September vom Magistrat gefasste Beschluß, der Handelshochschule zur Einrichtung verkehrswissenschaftlicher Vorlesungen einen laufenden Beitrag von jährlich 45 000 Mark und zur Errichtung eines besonderen Forschungsinstituts kostenlos Räume zur Verfügung zu stellen, hat diesen seit langem gehegten Plan so ge-

führt, daß voraussichtlich schon mit Beginn des Sommersemesters 1928 die Vorlesungen über dieses Gebiet aufgenommen werden können. Dazu sollen neben der Heranziehung der bereits vorhandenen Lehrkräfte drei neue ordentliche Professuren geschaffen werden, die mit einem Volkswirtschaftler, einem Betriebswirtschaftler und einem Fachmann auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zu besetzen sind. Die Aufgaben des Instituts umfassen folgende Bereiche: volkswirtschaftliche Verkehrsfragen einschließlich der Verkehrswege, Verkehrspolitik und -statistik, Betriebswirtschaft der Verkehrsunternehmen, Fremdenverkehr und Gaststättenwesen, Rechtsfragen des Verkehrs, Technik des Weltverkehrs und Verkehrsgeographie.

## Verkehrszählungen im Westen.

16 000 Fahrzeuge täglich in der Potsdamer Straße.

Die Ergebnisse der Verkehrszählungen, die in der Potsdamer Straße zwischen Bülowstraße und Potsdamer Brücke vor einiger Zeit veranstaltet worden sind, und die auch den Kreuzungsvorkehr berücksichtigen, werden jetzt bekannt. Gleichzeitig ist der Verkehr in der Bülowstraße zwischen Rosendorfsplatz und Potsdamer Straße gezählt worden. In der 14stündigen Zeit, von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, haben insgesamt 16 000 Fahrzeuge die Potsdamer Straße, 11 250 die Bülowstraße passiert. Das sind insgesamt 27 250 Fahrzeuge. Während die Fahrtrichtung zur Potsdamer Brücke von 8 408 Fahrzeugen benutzt wurde, führen von der Potsdamer Brücke aus nur 7500. Den Hauptanteil des Verkehrs in beiden Richtungen können die Kraftfahrzeuge für sich buchen. Von den 18 durch die Potsdamer Straße verkehrenden Linien passierten in beiden Richtungen z. B. 2 400 Straßenbahnwagen in der Potsdamer Straße. Der stärkste Verkehr ist in der Gegend morgens von 7 bis 9 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr; alle 45 Sekunden fährt eine Straßenbahn vorbei. In umgekehrter Richtung weisen die Morgenstunden von 9 bis 10 Uhr und die Abendstunden von 4 bis 7 Uhr die größte Belegung auf. Radfahrer wurden insgesamt 4 900 gezählt, die sich zu gleichen Teilen auf beide Richtungen verteilen.

Von den 16 000 gezählten Fahrzeugen sind etwa 8 000 Kraftfahrzeuge.

Die größte Verkehrsdichte ist bei ihnen in beiden Richtungen von 5 bis 6 Uhr festzustellen. In der Fahrtrichtung zur City steigt der Automobil- und Motorradverkehr vornehmlich langsam, aber ständig an, so daß mittags um 1—2 Uhr pro Minute 6 1/2 Fahrzeuge zur Potsdamer Brücke fahren. Für zwei Stunden läßt der Verkehr nach, um von 4 Uhr ab wieder zu steigen und dann ab 7 Uhr mit einer kleinen Aufwärtsentwicklung in der achten Stunde nach und nach abzuheben. In der Fahrtrichtung nach den Vororten spielt sich der Vorgang des anschwellenden Verkehrs fast ebenso ab. Morgens zwischen 7 und 8 Uhr 110 Fahrzeuge, morgens zwischen 10 und 11 Uhr 264, 11 bis 12 Uhr 272, 12 bis 3 Uhr je 245, dann wieder ansteigend bis 5 Uhr auf 342, um dann ebenfalls nach und nach abzuschwächen. In beiden Fahrtrichtungen herrscht für sämtliche Fahrzeuge zusammen der stärkste Verkehr zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags. Auf diese Stunde entfallen 10 Proz. des gesamten Tagesverkehrs. An zweiter Stelle steht die Zeit von 4 bis 5 Uhr mit 9,3 Proz., an dritter die von 6 bis 7 Uhr mit 8,9 Proz. Der schwächste Verkehr ist morgens von 7 bis 9 Uhr mit je 4,8 Proz.

## Better Goebbel's redet!

Wie wir schon gestern morgen ankündigten, hat der Nationalsozialist Dr. Goebbel's im Orpheum geredet. Wie gorbelt man? Ein Berichterstatter der „Deutschen Zeitung“ würde sagen: „Goebbel hat gemauert. Er redet nämlich viel mit den Händen.“ So gefällig sind wir natürlich nicht, sondern verzeihen das genaue Rezept: Man schlägt sich ans Herz, man klappt in die Hände, man raucht sich das Haar, man bläst beschwörend zum Himmel, der nicht da ist, man scheint zu beten, und man redet Unfug. Unfug reden ist die Hauptsache.

S. B.: die Sozialdemokraten haben Herrn Goebbel's in den letzten Jahren hassen gelernt. Ueber Lieber, kleiner Better Goebbel's. Da irren Sie sich doch vom Scheitel bis zur Sohle! Wir finden Sie ja im Gegenteil riesig spitzig und tomsch. Sie sind doch ein Raboretist allerersten Ranges. Vor sozialer Kunst muß man sich doch beugen!

In jedem zweiten Satz brauchte Herr Goebbel's das Wort Propaganda. Im Zuhörerraum entdeckte man dieses Propaganda in Gestalt von belebten Hausbesitzern, die grunzend „Deutschland, erwache“ schrien, und Damen, die wie im Theater, mit Borgnon und Opérnglas den Schauspielern bedäugten. Jugendliche ausgenommen, die ja auch noch zur Vernunft kommen und Prose und Tat zu unterscheiden lernen werden, sah man von der wirklichen Arbeiterklasse nichts. Sie hat sich um die Goebbel's nicht gekümmert.

## Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Eine eilige und wichtige Angelegenheit? Was für eine Angelegenheit? Welche?“

Und aus der Menschenmasse heraus schrie man: „Und auch ich habe eine eilige... wichtige...“

Der Sekretär sah ihn an und lächelte strahlend. Und hörte ihn nicht mehr, hörte die anderen. Giesb rechte sich und seine Augen wurden wie Schuls Augen. Er hob seine Faust und ging mit großen Schritten zur Tür, die Reihenfolge der Wartenden zerreißen. Im Vorzimmer stieß er den zottigen Wächter von der Tür und trat in das Arbeitszimmer des Vorsitzenden des Exekutivkomitees. Er trat ein und glühte im blendenden Sonnendunste auf. Feurige Garben spritzten rote Flammenwellen in die Augen, durch das Fenster sah man das breite Bahnnetz im Lichte glühen, und in der Ferne glänzten durchsichtig die Mauern.

„Was wollen Sie, Genosse? Warum bringen Sie hier ein, wenn ich niemanden empfangen?“ Ich bin beschäftigt.“

Giesb sah durch den Sonnenvorhang nicht, er sprach, aber er wachte sofort, daß der, dessen Stimme er jetzt hörte, kein Dugendmensch war, er hörte den harten, metallenen Klang seiner Stimme. Giesb trat aus dem Sonnenschein heraus, und alles erschien ihm gewöhnlich und bekannt: der Schreibtisch, der wie ein umgeworfener Schrant ausah, und der Mann der, mit schwarzem Leder bekleidet, sich mit seiner Brust gegen den Tisch stemmte und dunkel war, wie aus Bronze. Und ein anderer Mann in Tschertessentracht, mit Dolch und Revolver im Gürtel, stand neben dem Tisch und stützte sich mit der Hand auf den Stuhl. Seine Finger klammerten sich so fest an die Stuhllehne, daß sie ganz weiß waren, und die Stuhllehne zitterte mit den Fingern im Takt, und sein ganzes Gesicht bebte; bebte um den Mund, um die Augen, auf den Bodenknochen. Die Augen traten aus den Höhlen, und seine Nase war eine Tschertessennase. Er ist einer von diesen Heiden die in der „Teufelsarmee“ waren: diese Kerle haben im Kriege Wunder verrichtet, und auf ihren Säbeln trocknete nie das Blut.

Giesb legte nach Soldatenart seine Hand an den Helm und setzte sich auf den Stuhl vor dem Tisch, dem Vorsitzenden

des Exekutivkomitees gegenüber. Beide, der Vorsitzende und er — sahen einander schweigend und hartnäckig an. Die Stirne des Vorsitzenden des Exekutivkomitees bäumte sich wie ein Spaten über seinen Augen. Er sah den Mann in der Tschertessentracht nicht an und vergaß auch sofort Giesb. Und sprach deutlich und dumpf in den Tisch hinein, in seine dunklen Hände, die an den Gelenken mit schwarzen Haaren bewachsen waren.

„Denn daran, Bortschij: wenn du im Laufe eines Monats die Kampagne zur Einbringung der Ergänzungsnorm der Zwangsumlage nicht durchführst und die Rückstellung des Saatcredits durch die Bauern im September durchfallen läßt, dann kommst du an die Wand. Als Vorsitzender des Exekutivkomitees deines Gemeindebezirks bist du für alles verantwortlich. Merke es dir.“

Bortschij wollte etwas sagen, rüllte die Augen und biß seine Zähne fest zusammen: „Genosse Badjin... ich bin auch Kommunist... ich protestiere...“

Seine Stimme war fest, überschlug sich aber heiser. Und der Vorsitzende des Exekutivkomitees dampfte seinen Eifer mit kühlen, dumpfen Worten.

„Ja, ich werde dich eben als Kommunisten an die Wand stellen, wenn du die Aufgabe nicht erfüllen wirst. Ihr stiftet Verwirrung im Dorf und unterwerft euch den Kulaken.“

„Genosse Badjin, du mußt mich anhören... Die Rückgabe des Saatfornes laß für nächstes Jahr... Du mußt die Lage kennen... Die Zwangsumlage ist seit Herbst schon viermal eingetrieben worden... die Bauernarmut wird vor Hunger krepieren... Und wir vermehren durch solche Maßnahmen nur selber die Banden der Weißgrünen... Man wird uns bis zum letzten Manne erschlagen... uns zerstückeln.“

„Gut, soll man aus euch Irtilassee machen — aber deine Aufgabe mußt du pünktlich auf die Minute erfüllen...“

„Genosse Badjin... Bitte, stelle diese Sache auf die Tagesordnung... Ich werde dem Plenum beweisen...“

Badjin richtete sich auf, die Falten seines Lederrödes glänzten.

„Bortschij!...“

Er stand auf und wandte seinen Kopf langsam dem Kosaken zu.

„Vorsitzender des Bezirksexekutivkomitees Bortschij... Und er lächelte, und es schien, als ob die Knochen von diesem Lächeln trachen würden.“

Bortschij trat einen Schritt zurück, rechte sich. In die Augen traten feuchte Tropfen, und ein Feuer erglühete in ihnen, und seine Stimme überschlug sich heiser.

„Genosse Badjin, die Kampagnen werden durchgeführt... Ich werde alles tun... aber es wird zu einer Megefel kommen, Genosse Badjin...“

„Weine nicht, wirst Hilfe bekommen, ich schick dir Soltanow, den Chef der Bezirksmiliz.“

Und er setzte sich. Er sagte kein Wort mehr, vergaß den Vorsitzenden des Bezirksexekutivkomitees Bortschij. Und Bortschij, der Held der „Teufelsarmee“, sah gequält und gequält Badjin immer wieder an, als ob er versuchen wollte, den Kampf noch einmal aufzunehmen, und ging dann rasch, mit schleppenden Schritten aus dem Zimmer. Badjin stützte sich wieder unter der Schwere seiner Stirne auf seine haarigen Hände.

„Was wünschen Sie, Genosse? Sprechen Sie kurz.“

„Es ist genau so schwer für einen arbeitenden Menschen zu Ihnen, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees, zu kommen, wie einen Schützengraben zu nehmen.“

„Was wünschen Sie? Sprechen Sie konkret.“

Sie bissen sich mit den Zähnen ineinander; einander fremd, fühlten sie die Kraft des Kampfes voraus. Die seinerne, kalte Unbeweglichkeit des Vorsitzenden erdrückte Giesb, und er zerstückelte eigenwillig und wirt die Stille der geschäftlich-administrativen Ordnung mit schimpfenden Worten.

„Ihren zottigen Alien da draußen werde ich nächstes Mal an den Füßen packen und aus dem Fenster schmeißen. Solche Generalsmanieren stehen uns schlecht zu Gesicht.“

Beidenschaftlos, mit einer unwiderstehlichen Macht und Drohung in den Augen, sagte Badjin, nicht zu Giesb, sondern in die Tiefe seines Bauches: „Genosse, für diese Beschimpfungen werde ich Sie sofort verhaften lassen.“

Und erhob sich. Er stützte sich mit den Händen auf den Tisch, und der Tisch krachte und bog sich unter seinen Fäusten. Und kaum hatte der Vorsitzende diese Worte gesagt, als Giesb's Gesicht sich ganz verzerrte, dröhnend hob er den Stuhl weg und bäute sich zu Badjin. Mit beiden Händen drückte er seine Schultern zusammen und brüllte über das ganze Zimmer: „Genosse Vorsitzender, mit Ihnen spricht ein Arbeiter des Werkes! Seien Sie so lebenswürdig und sehen Sie sich! Sie haben kein Recht, Arbeiter aus Ihrem Bureau zu verjagen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Keine Veränderung im Sechstagesfeld.

Die letzte Nacht.

Die 10-Uhr-Abendwertung! Wieder ein gut besuchtes Haus, das vorläufig nichts zu sehen bekommt; es muß bis zur 10-Uhr-Abendwertung warten. Um 10 Uhr abends sind 3086,480 Kilometer zurückgelegt. Der erste Spurt verläuft ruhig, während im zweiten Tieg und Demoli am den Platz kämpfen. Knapp kann Demoli Tieg am Ziel abfangen. Im dritten Spurt läßt Ehmer Thollembeck mit Längen hinter sich. Das Haus applaudiert lebhaft diesen Vorgang und nach dem achten Spurt entwickelt sich eine Jagd, die von Knappe entseelt wird. Thollembeck, van Kempen und Hürtgen führen jedoch nach einigen Runden das Feld wieder zusammen. Danach ergibt sich folgender

## Stand des Rennens:

- 1. Ehmer-Kroschel 276, 2. Tieg-Thollembeck 232, 3. Demoli-van Kempen 197, 4. Kross-Meiche 128, 5. Kousch-Hürtgen 74 Punkte. Eine Runde zurück: 6. Junge-Behrnd 148 Punkte, 2 Runden zurück: 7. Wambst-Lacquehon 39 Punkte, 3 Runden zurück: 8. Dorn-Ridai 99 Punkte, 4 Runden zurück: 9. Knappe-Tonani 191 Punkte, 6 Runden zurück: 10. Kuhl-Wette 63 Punkte.

Nach Beendigung der Wertung stößt Knappe abermals vor; Tieg beweist wieder einmal sein sabelhaftes Spurtsportmögen und führt das Feld zusammen. Dann geben die Franzosen vor und holen eine Runde auf, so daß sie jetzt im Gesamtklassament an siebenter Stelle hinter Behrend-Junge liegen. Thollembeck unternimmt wieder seine Stoppversuche. Hoffentlich greift der Rennauschuss ein und befehlt diesen Fahrer eines Besseren. Von der Kurve hockt es mit Recht Protest gegen die unfaire Fahrweise Thollembecks, des Partners Tieg. Und der Ruf von der Kurve: Armer Tieg ist wirklich angebracht. Als Thollembeck um 11 Uhr Tieg ablöst, muß er vielfache Schieber-Rufe über sich ergehen lassen.

## Internationale Luftfahrtausstellung 1928.

### Das Jahr der technischen Ausstellungen.

Im nächsten Jahre soll vom 7. bis 28. Oktober auf dem Ausstellungslande am Kaiserdam eine Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) stattfinden. Veranstalter ist der Reichsverband der deutschen Luftfahrtindustrie und das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin.

In einem Empfangsabend, der im Berliner Rathaus stattfand, wurde der Presse Gelegenheit gegeben, näheres über die beabsichtigte Ausstellung zu erfahren. Als erster sprach Reichsverkehrsminister Dr. Koch, der auf die internationale Luftfahrtausstellung von 1909 in Frankfurt a. M. hinwies und den Fortschritt kennzeichnete, der sich inzwischen in der Luftfahrt durchgesetzt hat. Heute, so erklärte er, besitze die größte Bedeutung des Flugzeuges nicht mehr in seiner militärischen Verwendungsmöglichkeit, sondern in seiner Eigenschaft als Verkehrsmittel zu dienen. Insbesondere wandte er sich in seiner Ansprache an die zahlreichen anwesenden diplomatischen Vertreter des Auslandes, denen gegenüber er vor allem den Gedanken zum Ausdruck brachte, daß gerade die Luftfahrt dazu beitragen sei, die friedlichen Beziehungen unter den Völkern der Erde zu fördern. Schließlich begrüßte er die Veranstalter der Ausstellung, daß sie zu diesem Werk die Initiative ergriffen hätten und sprach die Hoffnung aus, daß der Ausstellung voller Erfolg zuteil werden möge. Dr. Huth vom Reichsverband der deutschen Luftfahrtindustrie ging in seiner Ansprache insbesondere auf das „Völkerverbindende“, das „Interkontinental“ des Luftverkehrs ein. Aber, so führte er weiter aus, diese Begriffe werden nur Schlagworte sein, so lange es nicht gelingt, große Mengen von Großluftfahrzeugen auf weiten Strecken einzusetzen und sie so zu gestalten, daß erhebliche Mengen von Menschen und Gütern sicher und schnell befördert werden können. Die Luftfahrtausstellung 1928 solle sowohl die internationalen Beziehungen als auch die Flugtechnik selbst fördern. Direktor Leiten, Geschäftsführer des veranstaltenden Industrieverbandes, behandelte eingehend die Vorarbeiten, die für die ILA 1928 bereits geleistet sind. In fünf Gruppen soll das gesamte Stoffgebiet der Ausstellung behandelt werden: 1. Luftfahrzeugindustrie, die Herstellung der Flugzeuge und Motoren usw., 2. der deutsche und internationale Luftverkehr, die 3. Gruppe soll dem Flugzeugführer gewidmet sein, sie soll der Öffentlichkeit zeigen, unter welchen Bedingungen die Ausbildung der Sport- und Verkehrsflieger durchgeführt wird. Die 4. Gruppe wird die wissenschaftliche Abteilung umfassen. Hier wird man Materialprüfungen, Strömungsversuche usw. zu sehen bekommen und endlich wird die historische Abteilung die Entwicklung der Flugkunst von ihren Anfängen bis zur Gegenwart zeigen. Als letzter Redner sprach Direktor Dr. Schick für das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin. Er erklärte, daß durch die Veranstaltung der ILA 1928 der Herbst des kommenden Jahres in Berlin in einer noch nicht dagewesenen Weise im Zeichen der Technik stehen werde. Im September 1928 findet die fünfte große Funkausstellung statt. Mit ihr wird eine internationale Darstellung der Rundfunkorganisation aller Länder verbunden sein. Im Oktober folgt die IFA und im November wird das gesamte Ausstellungsgelände der großen Internationalen Autoausstellung zur Verfügung stehen. Funk, Flug und Auto werden in den großen internationalen Schauen den Ausstellungsabschnitt des Herbstes 1928 der Stadt Berlin ihr Gepräge verleihen.

## Das Eisenbahnunglück von Langenbach

### Beginn der Gerichtsverhandlung.

Am Dienstag vormittag begann vor dem Schöffengericht in Freising der Prozeß gegen den Kottenführer Johann Förtsch, dem die Anklage die Schuld an dem Langenbacher Eisenbahnunglück im August 1925 beimißt, das 12 Tote und 98 Verletzte gefordert hat. Die Anklage behauptet, daß Förtsch bei der Auswählung der Weichen nicht die nötige Beachtung angewandt habe, daß er insbesondere die erst präventiv instand gesetzte Weichenzunge nicht genügend gesichert und daß er kein Signal für die erforderliche Verminde rung der Fahrgeschwindigkeit aufgestellt habe. Der Angeklagte, der im 61. Lebensjahre steht und seit 1887 im Eisenbahndienst tätig ist, erklärte bei seiner Vernehmung, daß er am Morgen des verhängnisvollen Tages den Auftrag erhalten habe, in die Schienen eine neue Weichenzunge einzubauen. Zur Durchführung des Schnellzuges habe er die Weichenzunge nicht mit Schrauben, sondern mit eiserner Zwinge befestigt, wie er das früher auch schon öfters gemacht habe. Diese Sicherung der Weichenzunge habe er für so vollkommen gehalten, daß nach seiner Ansicht jeder Zug mit voller Geschwindigkeit darüber hinwegfahren konnte. Außerdem behauptete er, daß beim Ausweichen von Weichenstellen niemals Signale für langsame Fahrt aufgestellt worden seien. Demgegenüber verlas der Gerichtsprokurator die einschlägigen Dienstvorschriften, in denen bestimmt ist, daß bei unvollständigem Überbau Signale zur Verminde rung der Fahrgeschwindigkeit aufgestellt werden müssen. An die Vernehmung des Angeklagten schloß sich eine Lokalbefragung auf dem Bahnhof Freising, wo die Wagenkasten Schienenanlage aufmontiert war. Hierbei entspannen sich zwischen den Sachverständigen lange Erörterungen über die Möglichkeit der Unglücksursache. Die Meinungen darüber, ob eine ungelockerte Anbringung der Weichenzunge, oder ob nicht etwa ein entleertes Rad das erste Anzeichen der Weiche aufgriffen und die Zunge absprenge, gingen zwischen den Sachverständigen auseinander. Der Angeklagte erläuterte präzis die Art, wie er die Weichenzunge kurz vor dem Unglück befestigt hat.

# Werbefundgebungen.

- Morgen, Donnerstag, den 10. November:**  
 29. Abt.: 19½ Uhr in der Schulaula, Senefelderstr. 6. Redner: Stadtverordneter Hermann Lempert.
- Uebermorgen, Freitag, den 11. November:**  
 Cankroth: 20 Uhr in Lehmanns Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31. Redner: Hermann Harnisch, M. d. L.  
 Friedrichshagen: 19½ Uhr in Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. Redner: Stadtverordneter Hans Wojwod.  
 Wittenau: 19½ Uhr im Lokal Schulz, Dranlenburger Str. 88/89. Redner: Stadtverordneter Hermann Lempert.

## Frauenwerbeveranstaltungen.

- Morgen, Donnerstag, 10. November, 19½ Uhr:**  
 Wedding: Film- und Vortragsabend in der Schule Pantz, Ede Wiesenstraße. 1. Film „Kinderrepublik Seelamp“. 2. Ansprache der Genossin Bohm-Schuch.  
 Reinickendorf: Film- und Vortragsabend in der Turnhalle Wittenau, Rosenfelder Str. 14. 1. „Der Kreuzzug des Weibes“. Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungs politik. 2. Ansprache der Genossin Marie Kunert, M. d. L.
- Uebermorgen, Freitag, 11. November, 19½ Uhr:**  
 Wilmersdorf: Film- und Vortragsabend in der Aula der Hindenburg-Schule, Am Seepark. 1. Film „Kinderrepublik Seelamp“. 2. Ansprache der Genossin Dr. Hilde Wegscheider.  
 Lichtenberg: Film- und Vortragsabend im Cecilia-Oratorium, Lichtenberg, Rathausstraße. 1. „Der Kreuzzug des Weibes“. Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungs politik. 2. Ansprache des Genossen Stadtkar Dr. Georg Loewenstein.
7. Abt.: Lichtbildvortrag in Cornis-Festsälen, Gartenstr. 6. 1. „Die proletarische Frau. — Das proletarische Mädchen“ (Lichtbilder). 2. Ansprache der Genossin Klara Bohm-Schuch.

Zur Erinnerung an das Ende des Weltkrieges und die Umgestaltung des deutschen Staatswesens finden im Rahmen der Werbemache am

**Mittwoch, dem 9. November, 19½ Uhr:**

## Revolutions-Gedenkfeiern

- an folgenden Stellen statt:  
 Mitte: Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25. Gesang, Sprechchor, Rezitationen.  
 Tiergarten: Arminiushallen, Bremer Str. 73.  
 Wedding: Pharusäle, Müllerstr. 142, unter Mitwirkung des Reinekeschen Männerchors.  
 Prenzlauer Berg: Brachtäle am Märchenbrunnen, Am Friedrichshain, unter Mitwirkung des Männergesangsvereins Prenzlauer Berg.  
 Friedrichshain: Lokal „Königsbrot“, Große Frankfurter Straße 117. Männerchor Friedrichshain, Kammermusik, Rezitationen. Eintritt 50 Pf. Arbeitslose erhalten Freitarten.  
 Kreuzberg: Kammeräle, Teilmor Str. 1/3. Mitwirkende: Armin-Liebermann-Quartett, Schubertchor, Wolf Trug vom Staatstheater, SNA. Eintritt und Programm frei.

## Freie Sozialistische Hochschule.

**Sonnabend, den 12. November, 19½ Uhr**  
 im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3.  
 Vortrag des Genossen Nationalrat Reinhard Bern:

## „Psychologische Probleme der Arbeiterbewegung“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungs Ausschusses, Lindenstr. 3 No. 11, Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarrengeschäft Hirsch, Engelufer 2-3. Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 6. — Werkbund e. V. Buchvertrieb, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Steinweg 17a; Linsingstraße 57.

# Funkwinkel.

Die Abendveranstaltung brachte unter dem Titel „Amerika“ zuerst Teile aus Sinclair Lewiss Romanen „Dr. Arrossmith“ und „Babitt“, die Aribert Wäfler las. Von Freuchtmann sprach zur Einführung über Sinclair Lewis und seine Werke. Lewis brachte der Welt das lebenswahre Porträt des amerikanischen Bürgers, der bis dahin in der Literatur entweder als Karikatur oder in übertrieben romantischer Beleuchtung gezeichnet worden war. Dieser Dichter schildert den Amerikaner, wie er wirklich ist: voll spießbürgerlicher Sentiment, mit geringen und recht primitiven geistigen Beläufnissen. Der Mann Babitt wurde mit Recht in der ganzen Welt der Typ des amerikanischen Bürgers von heute. Ist dieser Roman aber das Werk eines scharf beobachtenden und klar gestaltenden Schriftstellers, so zeigt sich Lewis in seinen späteren Romanen, angefangen mit „Dr. Arrossmith“ als genialer, phantasiegewaltiger Dichter. Paderles kanonische Rapsodie und Mac Dowells zweisprachige indische Sulte, vom Juniorschüler unter Bruno Seidler-Wintler gespielt, ergänzten die Abendveranstaltung. — Auch die Nachmittagsdarbietungen waren recht gut. Zur Erinnerung an den Geburtstag Fritz Reuters am 7. November las Hans Brandt einige Abschnitte aus der „Stromid“. Die Kapelle Gmus Roos brachte dann spielerisch eingestellte Unterhaltungsmusik, Werke von Kreisler, Schubert, Johann Strauß. — Professor Max Dessler sprach in seiner Vortragsreihe über den Okkultismus, von den „Erleuchtungen des physikalischen Mediumismus“, d. h. das Auftreten physikalischer Erscheinungen auf Grund übernatürlich wirkender Kräfte. Er betonte, daß bei Verlusten dieser Art durch die Wahrnahmen der Okkultisten und ihrer Medien eine wissenschaftliche Prüfung außerordentlich erschwert werde und man dem Auftreten von Kopferheilungen, Bewegungen fester Gegenstände usw. außerordentlich skeptisch gegenüber stehen müsse.

- Charlottenburg: Schulaula Scharrenstr. 23/25, unter Mitwirkung des Charlottenburger Männerchors „Harmonie“. Eintritt 25 Pf.  
 Spandau: Altes Schützenhaus, Neudorfer Str. 38/40.  
 Wilmersdorf: 18.45 Uhr Demonstrationsumzug vom Hohenzollerplatz aus. Anschließend Revolutionsfeier in den Flora-Sälen, Halensee, Johann-Georg-Straße 19, unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerkhore.  
 Schöneberg: Schloßbrauerei, Hauptstr. 122/123. Mitwirkende: SNA, Spielgemeinschaft der Jungsozialisten, Liedertafel „West“, Schöneberger Männerchor „Freundschaft“. — Eintritt 35 Pf.  
 Steglitz: Oratorium, Rothenburger Straße.  
 Tempelhof: Werbeumzug mit Fackeln. Abmarsch pünktlich 18 Uhr von der Dorfstraße in Mariendorf. Im Anschluß daran Revolutionsfeier im Festsaal des Realgymnasiums, Tempelhof. Eintrittspreis 50 Pf.  
 Neukölln: 19 Uhr: Werbeumzug mit Fackeln und Musik, Schillerpromenade.  
 Treptow: Treptow: Total Ritsche, Am Treptower Park 26. Gesang und Rezitationen.  
 Köpenick: Stadttheater, Friedrichstr. 6. Gesang, Musik, Sprechchor, Einzelsprecher: Heinrich Witte vom Staatstheater. Eintrittspreis 60 Pf.  
 Lichtberg: Cecilia-Oratorium, Rathausstraße. Konzert, Markwih-Quartett, Rezitationen.  
 Weißensee: Aula des Realgymnasiums, Boelck-Promenade 38. Gesang, Konzert, Rezitationen.  
 Tankow: Aula des Oratoriums, Görlichstraße.  
 Reinickendorf: Hubertusäle, Prominsstr. 62/63, Am Bahnhof Schönholz, Prolog, Kammermusikvorträge, Gesangsverein „Freier Männerchor“.  
 8. Abt. Tiergarten: Nationalhof, Bülowstr. 37.  
 Niederschöneweide: Gemeinsame Feier mit der Abteilung Oberschöneweide bei Imberg, Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 34. Gesang, Konzert, satirische Vorträge. Nach Schluß der Feier gemütliches Beisammensein.  
 Johannishof: Lokal Baha, Stubenrauchstraße.  
 Karlsruh: Deutsches Haus, Stolzenfelsstraße.  
 Alt-Glienide-Falkenberg: Lokal „Zum Wasserturm“, Falkenberg, Schirnerstraße.  
 Niederschönhausen: Aula des Oratoriums, Kaiser-Wilhelm-Ede Blücherstraße.  
 Kaulsdorf: Lokal Esserich, Mi-Kaulsdorf Ede Dorfstraße.  
 Mahlsdorf: Lokal Anders, Bahnhofstr. 37.  
 Blankenburg: Lokal Klug, Dorfstr. 2.  
 Teikow: 19½ Uhr im Lokal „Weißer Schwan“, Ruhlsdorfer Platz.  
 Karow: „Zum Pantgrafen“, Pantgrafenstr. 3.  
 Redner: Siegfried Kuffhäuser, Clara Bohm-Schuch, Dr. Rudolf Breitscheid, Robert Breuer, Arthur Crispian, Emil Dittmer, Albert Falkenberg, Felix Fethenbach, Hermann Harnisch, Kurt Heinig, Alfred Henke, Dr. Siegfried Kawerau, Emil Klodi, Franz Künzler, Erich Kuttner, Wilhelm Randa, Dr. Richard Lohmann, Dr. Kurt Löwenstein, Otto Meier, Dr. Carl Merendorn, Dr. Dikowski, Franz von Puitzamer, Ernst Ruben, Rudolf Schlichting, Hermann Schüttinger, Friedrich Stampfer, Martin Stein, Heinrich Ströbel, Carl Vermuth, Rudolf Wiffel, Eduard Jachert.

## 100 000 Luftpassagiere.

Nachdem die Zahl der von der Deutschen Luft Hansa beförderten Passagiere bereits im Laufe der ersten neun Monate dieses Jahres annähernd die doppelte Höhe der im Jahre 1926 erzielten erreicht hat, dürften bis zum Beginn des Winterluftverkehrs insgesamt etwa 100 000 Passagiere im Jahre 1927 mit den Maschinen der Luft Hansa geflogen sein, eine Ziffer, die einen Meilenstein in der Entwicklung des deutschen Luftverkehrs darstellt. Ebenso sind die Ergebnisse für die beförderten Gepäck- und Frachtlogramme schon nach neun Monaten um das Doppelte gestiegen, während bei der Zahl der geflogenen Kilometer gegenüber 1926 nur eine Zunahme um etwa 1 600 000 Kilometer zu verzeichnen ist, woraus hervorgeht, daß sich die Ausnutzung des Laderaums beträchtlich erhöht hat.

**Billige St.-Trennturke.** Das Stadtmag für Leibesübungen richtet im Loco-Club in der Turnhalle des Victoria-Gymnasiums, Victoriastraße 51, ein. Einleitung der Teilnehmer Sonnabend, 12. November, 19 und 20 Uhr in der Aula, Nebenstunden (nach Wahl der Teilnehmer) Montag, Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 18 bis 22 Uhr. Die Kursgebühr beträgt für Jugendliche und Schüler bis 18 Jahren 2 M. und für Erwachsene 4 M. Nebenstunden werden den Teilnehmern zu den St.-Trennturken unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Anmeldungen umgehend an Stadtmag für Leibesübungen, O. 2, Stadthaus, Straauer Straße.

**Witterbericht der öffentlichen Wetterbeobachtungsstelle Berlin und Umgegend** (Kocher, seit) kühl und meist trüb, mit unbedeutlichen Regenschauern. — Für Deutschland: Am Oben noch ziemlich trocken, sonst trüb und regnerisch, besonders im Westen, Süden und Südosten des Reichs.

**Die „Tiroler Klauke“ in der Köthener Str. 46,** gegenüber dem Café „Palerland“, ist wieder eröffnet. In anheimelnden, heitern Räumen und Gassen, mit herrlichsten weichen Holzstühlen, allerlei Rehröhen, Gemälden, Bildnissen läßt sie schon sogleich einen Hauch der Gastlichkeit unseres deutschen Hochgebirges spüren. Um den Eindruck zu vertiefen, hat der Lichterleider Walter August Kahl Originalbilder, Tiroler Landschaften, für die Wände geliefert. Und da es nun einmal nicht ohne Musik geht, läßt sich im Kellergehoß der Soppi Theaer mit Humor und Weisheit, wie's gerade trifft, seine Tiroler. Dem im Hochparterre liegt eine Schrammeltafel für Stimmung. Die Orchesterleitung führt Herr Hofbauer, der frühere Inhaber des Schloßparkrestaurant in Steglitz.

**„Beitrag zur Kulturgeschichte“** ist eine alte Regel. In einem Punkte aber hat sie, als und lang, Konsequenzen und Höhe, aus einer Meinung: Wangs Wirt ist das beste Abendessenmittel zur Verbesserung schwacher Menschen, Essen usw. Sie ist sehr ausgiebig, besteht fast aus einem Buch. Schon wenige Tropfen genügen, um allen damit begünstigten Stellen einen vollen und wohlschmeckenden Saft zu geben.

**Orient- und Mittelmeerfahrten 1928 des Reichsbahnen Nord.** Der Norddeutsche Lloyd in Bremen gibt bekannt, daß die von ihm geplanten Mittelmeer- und Orientfahrten 1928 zwei mit reichem Programm versehene Prachtfahrten heraus. Es werden mit dem großen Doppeldeckerschiff „Statuen“ vier Fahrten und mit dem Doppeldecker „Albatros“ vier Fahrten unternommen, auf denen alle schönen und bedeutungsvollen Plätze an den Küsten des Mittelmeeres und im nahen Orient berührt werden. Die Prachtfahrten, die eine Schilderung der Welt, die Leute, die gemauerten Festungen, die Hochparterre und die Überlegen für die Feiertagsmänner wissenschaftlichen Ausstellungen enthalten, stehen Interessierten beim Hochparterre Club in Bremen und bei seinen Vertretungen im In- und Ausland kostenlos zur Verfügung.



# Politik gegen die Konjunktur.

## Gefährliche Angriffe auf den Dawesplan. — Herrn Dr. Schachts Verantwortung.

In den letzten Wochen ist der Dawes-Plan wieder in den Mittelpunkt der Weltpolitik und der deutschen Wirtschaftspolitik gerückt. Nach ist die Diskussion über die deutschen Auslandsanleihen. Ursache, direkt oder indirekt, ist die Stellung der Reichsbank dazu. Die Deutschland ungünstige Stimmung äußert sich heute darin, daß man neben den Sicherungen, die Deutschland für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen schon gegeben hat, weitere Garantien fordert. Diese Stimmung wurde zweifellos von der heftig einseitigen Kritik angeregt, die der deutsche Reichsbankpräsident an der Anleiheaufnahme von Ländern und Gemeinden seit Jahren geübt hat, und zwar mit einer Entschiedenheit, die derselbe Reichsbankpräsident bei der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe, der Leitung der Reichsbank und der Bestimmung ihres Diskontsatzes, im Jahre 1924 und in der ersten Hälfte dieses Jahres völlig hat vermissen lassen. Die Beeinflussung der internationalen Kapitalmärkte gegen deutsche Auslandsanleihen ist schließlich sogar soweit gegangen, daß ein so ruhiger und sachlicher Beurteiler der deutschen Lage wie

eine Vorzugsstellung, die vom englischen Kohlenhandel bitter empfunden wird. In Rumänien, Jugoslawien, Portugal und Japan ist der Sachlieferungsverkehr zum Schrittmacher auch des übrigen deutschen Exports geworden. Frankreich entwickelt ein großzügiges Programm von öffentlichen Arbeiten auf dieser Grundlage, und der französische Minister der öffentlichen Arbeiten bemüht sich Hand in Hand mit dem französischen Finanzminister auf diese Weise zu einer Vollausnutzung der deutschen Reparationen zu kommen. Dabei sind sie nicht kleinlich und lassen den Interessenten und öffentlichen Körperschaften, die deutsche Sachlieferungen in Empfang nehmen, allerlei Vorurteile zukommen, die den deutschen Lieferanten eine Vorzugsstellung im französischen Markt geben. All das sieht England recht gut. Darum sein Vorstoß gegen die deutsche Wirtschaft mit der Forderung einer Kontrolle des deutschen Devisenmarkts, mit der Aufnahme der falschen Argumente des deutschen Reichsbankpräsidenten.

### Der englische Angriff geht gegen den Dawes-Plan selbst.

Sinn des Dawes-Plans war, der deutschen Wirtschaft Bewegungsfreiheit zu geben. Die Reparationsüberweisung sollte vorzüglich auf dem Sachlieferungsweg vor sich gehen. Nebenher sollte der Devisentransfer eine Rolle spielen. Neben all den anderen Devisenkäufern sollte auch der Reparationsagent an den deutschen Devisenmarkt gehen und dort soviel Devisen kaufen, wie jeweils nötig und mit der Stabilität der deutschen Währung verträglich war. Bekommt er nicht soviel, wie er braucht, so ist es in sein Ermessen gestellt, ob er sich neue Devisen dadurch verschaffen will, daß er die Reichsbank zu einer Diskonterhöhung veranlaßt. Der Dawes-Plan nahm an, daß diese selbstverständlich entsprechend allen bisher üblichen theoretischen Annahmen zu einem Zufluß von Auslandskapital, d. h. zu vermehrtem Devisenangebot führen würde, so daß durch sie der Reparationsagent in die Möglichkeit versetzt würde, soviel Devisen zu kaufen, als er braucht.

Der Dawes-Plan nahm also an, daß der Reparationsagent als Käufer am Devisenmarkt keine Priorität, keine besondere Vorzugsstellung, brauche, um seine Aufgaben zu erfüllen. Seine Stellung als letztlich entscheidende Instanz in der Diskontpolitik begründet schon nach dem Plan seine Priorität, die in der Tat beispiellos und von entscheidender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist. Das mangelnde Verständnis, das der deutsche Reichsbankpräsident theoretischen Fragen entgegenbringt, und die Furcht Englands vor der deutschen Konkurrenz haben zu einer internationalen Verwirrung in dieser völlig klaren Frage geführt. Sie haben die englische Presse zu ihrem Frontalangriff auf den Dawes-Plan veranlaßt.

### Wirkungen auf die Konjunktur.

Der Angriff wäre wegen seiner Torheit unbedenklich, wenn er nicht zusammenfiel mit der ebenfalls törichten Haltung unserer Finanzpolitik und mit dem fatalen Eindruck, den das Memorandum Parter Gilberts auf die internationale Öffentlichkeit gemacht hat. In dieser Vereinigung führt er möglicherweise zu einer schweren Kreditkürzung der deutschen Wirtschaft, zu der jetzt schon beunruhigende Anzeichen vorliegen. Es kann in den nächsten Monaten dazu kommen, daß die ausländischen Kapitalgeber in der Kreditgewährung an Deutschland stark zurückhalten.

Die deutsche Konjunktur hängt in zwei Angeln, in der Kaufkraft im In- und Ausland und in der Kapitalversorgung. Das Abstoppen des Kapitalzuflusses wird die deutsche Konjunktur gefährden. Darin liegt die gegenwärtige Bedeutung der Angriffe auf den Dawes-Plan. Die Ursachen hierfür liegen in Deutschland. Kommt es zu einer Krise, so wird sie den schiefen fundierten Theorien von Herrn Dr. Schacht zu danken sein.

### Scharfmacherei des Ruhrmontantruffs.

Wir haben die Produktionsziffern der Vereinigten Stahlwerke A.-G. und den Kommentar dazu veröffentlicht, in dem die Leitung des Ruhrmontantruffs die finanzielle Lage der Kohlen- und Eisenerzeugung sehr düster malte. Jetzt wird bekannt, daß das Kommando sehr viel weniger für die Aktionäre bestimmt war, die schon beschränkten, keine Dividende zu bekommen als zur Einschränkung der Öffentlichkeit und der Regierung in steuerlichen und besonders sozialpolitischen Fragen. Offenbar will man erreichen, daß das am 1. Januar 1928 in den Hütten und Stahlwerken durchzuführende Dreischichten-System auf längere Zeit hinausgeschoben und auch anderen sozialpolitischen Forderungen entgegenkommt wird. Das ist nicht überraschend. Es muß aber festgestellt werden, damit sich die

Deffentlichkeit und vor allen Dingen die beteiligten Gewerkschaften darauf einrichten.

Die Produktionslage ist im übrigen noch glänzender, als sie nach den bisher veröffentlichten Ziffern scheint. Die Beschäftigung und Ausnutzung der Werke ist nicht nur absolut, sondern auch relativ, d. h. im Verhältnis zur übrigen deutschen Montanproduktion gestiegen. Der Anteil der Vereinigten Stahlwerke an der gesamtdeutschen Kohlenproduktion ist im Monatsdurchschnitt von 16,6 auf 16,8 Proz., der der Eisenerzeugung von 25,2 auf 26,1 Prozent, der der Raheisenproduktion von 49,2 auf 50,1 und der der Rohstahlproduktion von 41,8 auf 43,1 Proz. gestiegen. Auch diese anteilmäßige Steigerung der Montanproduktion in Deutschland beweist die glänzende Entwicklung der Vereinigten Stahlwerke und unterstreicht zugleich, daß in der Durchführung sozialpolitischer Notwendigkeiten nicht die mindeste Rücksicht auf die scharfmacherischen Absichten der Truffleitung zu nehmen ist.

Man rechnet übrigens für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr bei erhöhten Abschreibungen noch mit einer Dividende von 6 Proz.

### Waldenburger Zechentruff.

#### Kann er das Elend der Bergarbeiter mildern? — Dann muß das Werk gründlich sein!

Seit Jahren ist der niederschlesische Steinkohlenbergbau in besonders schwieriger Lage. Durch die politische Umgestaltung im Osten in seinen bisherigen Absatzgebieten (Oberschlesien und Tschechoslowakei) eingeengt, in seinem privatwirtschaftlichen Aufbau zerstückelt und mit der Rationalisierung sehr im Rückstand, hat dieses Zechenrevier an seiner Konkurrenzfähigkeit erheblich eingebüßt.

Während in den letzten Vorkriegsjahren in dem Gebiet der heutigen Tschechoslowakei jährlich rund 2,5 Mill. Tonnen oder 40 Proz. der gesamten Produktion abgebaut wurden, nimmt die Tschechei heute nur noch 8 bis 10 Proz. dieser Mengen ab. In Oberschlesien verloren die Waldenburger Zechen, die einen besonders wertvollen Hochofentopf produzieren, durch die Grenzziehung ihren besten Koststund. Auch der englische Streik brachte nur eine momentane Belebung, die allerdings in der Inlandkonjunktur günstig fortwirkte. Das Problem der Umstellung dieses Grubenreviers hat an seiner Dringlichkeit nichts verloren.

Der jetzt erfolgte Zechenzusammenschluß der dortigen Großunternehmen, der Oberschlesischen Koks- und Chemischen Werke A.-G., des Rütgers-Konzern und der Gewerkschaft Südschlesien-Friedenshoffnung, die gemeinsam der Stadt Breslau und der Linde-Hofmann-A.-G. gehört, ist aus diesen Verhältnissen zwangsläufig erfolgt. Durch Zusammenfassung der Produktion in den leistungsfähigsten Gruben, Ausbau einer Zentralfabrik und technische Verbesserung der Betriebe will die neue Gesellschaft, die Niederschlesischen Steinkohlengruben A.-G., die vom 1. Januar 1928 ab mit 35 Millionen Aktienkapital ihre Tätigkeit aufnimmt, den Waldenburger Bergbau wieder rentabel gestalten. Durch das Fernbleiben des größten Zechenbesitzers in Niederschlesien, der „Fürstlich Bielefeldischen Verwaltung“, auf die etwa 30 Proz. der gesamten Produktion entfällt, kann diese Fusion jedoch nur als eine Zwischenlösung angesehen werden, und zwar um so mehr, als die Bielefeldischen Werke von Oberfeld und Rütgers durchschneiden und die geplante Zusammenfassung der Betriebe so ungemein erschweren. Ob das Fernbleiben von Bielefeld nur auf die Schwierigkeiten, die das Einbringen vieler ebenfalls miffälliger gebundenen Betriebe in die neue Gesellschaft macht, zurückzuführen ist, wird noch aufzuklären sein.

Unklar ist leider noch die Haltung der Regierung. Obwohl seit längerer Zeit bereits Verhandlungen über die Aufgabe der Bergwerksbesitzer auf staatliche Kreditgewährung oder Subventionen bzw. beides im Gange sind, ist die Deffentlichkeit bisher noch völlig über Absichten und Beteiligung Preußens und des Reichs im unklaren. Die Deffentlichkeit einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen, geht hier nicht an. Auch die Reichsbank sollte erklären, wie sie sich ihre Mitwirkung in Niederschlesien denkt.

Die Sache drängt, auch mit Rücksicht auf die Bergarbeiter, deren Elend noch immer nicht bekannt genug ist. Obwohl der Vorkriegslohn der Bergarbeiter mit netto 3,43 M. je Schicht schon die denkbar elendeste Bezahlung war, ist der Reallohn 1927 demgegenüber noch um fast 6 Proz. niedriger, reicht mit den knapp 5 M. auch nicht annähernd zu einem menschenwürdigen Dasein aus.

Geradezu furchtbar sind die Wohnungsverhältnisse. Nach den amtlichen Feststellungen des Landratsamtes Waldenburg ist ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Kreises auf einen Wohnraum angewiesen, 38 Proz. haben ein Zimmer mit Küche zur Verfügung und 20 Proz. besitzen zwei Wohnräume mit einer Küche. In einzelnen Gemeinden sind die Verhältnisse noch schlimmer.

Die Industriefinanzierung in Niederschlesien muß also gründlich und vollständig vorgenommen werden. Das heißt auch, daß alle Naturkräfte und Verwertungsmöglichkeiten an Ort und Stelle nicht nur rationell, sondern auch mit möglichst großer örtlicher Wirkung ausgeschöpft werden müssen.

### der Reparationsagent Parter Gilbert

ebenfalls beeinflusst wurde. Er hat in seinem Memorandum an den Reichsfinanzminister sich zu Bemerkungen verhalten lassen, die mit aller Deutlichkeit zeigen, daß er von deutscher Seite falsch informiert worden ist. Die Reichsregierung hat erst ihm gegenüber durch Mitteilung der richtigen Zahlen über die Auslandsverschuldung der deutschen öffentlichen Körperschaften die Dinge klar gestellt. Warum sie das nicht längst gegenüber den falschen Auffassungen im Ausland getan hat, wird wohl immer ungeklärt bleiben, ebenso wie die weit wichtigere Frage, wer den Reparationsagenten in so falscher und unzulänglicher Weise unterrichtet hat. Bis in dieser letzten Frage keine Klärung durch eine amtliche Untersuchung geschaffen worden ist, muß die Vermutung berechtigt sein, daß auch der Reichsbankpräsident direkt oder indirekt seinen Anteil an den Informationen des Reparationsagenten hat. Diese Vermutung wird sehr durch die Erfahrung gestützt, daß Dr. Schacht Liebe für seine Theorie der Auslandsanleihen seinen Blick für die Tragweite seiner Kritik schon öfters getrübt hat.

Aber der Reparationsagent hat soeben anerkannt, daß die Zufuhr von Auslandskapital für Deutschland eine Notwendigkeit ist, eine Auffassung, die der Reichsbankpräsident bis vor kurzem noch entschieden nicht geteilt hat, — mag er auch jetzt verbreiten lassen, so habe er es ja nie gemeint. Parter Gilbert teilt auch nicht

### die gefährlichste neue Theorie.

die sich unmittelbar gegen die im Dawes-Plan zugunsten Deutschlands getroffene Regelung richtet. Ausgangspunkt ist auch für sie ein Schacht'sches Argument. Durch die Aufnahme von Auslandsanleihen werde in späteren Jahren außer der Uebertragung der Reparationen auch die von Zinsen und Tilgungsraten ins Ausland notwendig, und die Vereinfachung solcher Dinge werde zu Schwierigkeiten bei der Verwaltung der in Markt aufgetragenen Reparationen in ausländische Devisen führen. Diese Auffassung übersteht die

Tatsache, daß die deutsche Ausfuhr mittelbar und unmittelbar durch die Aufnahme von Auslandskapital gefördert wird,

und sie übersieht weiter, daß in den drei Jahren normaler Wirtschaftsgestaltung, die jetzt hinter uns liegen, die deutsche Ausfuhr bereits um über 1 1/2 Milliarden jährlich gestiegen ist, eine große und für das Problem wichtige Leistung. Die falsche Theorie führt aber logischerweise bei den Gläubigern Deutschlands zu der Forderung, sie vor der Gefahr zu schützen, daß eines Tages der Reparationsagent nicht mehr in der Lage sein wird, ihnen die Beträge zu überweisen, die sie nach dem Dawes-Plan beanspruchen können. Sie führt zu der Forderung, Deutschland dürfe kein Auslandskapital mehr aufnehmen, der deutsche Devisenmarkt müsse einer Regulierung unterworfen werden, die in erster Linie auf die Sicherstellung der Reparationsdevisen abzustellen sei, und der Reparationsagent müsse auf diesem Wege wirklich zum Herrn der deutschen Wirtschaft gemacht werden. Diese Gefahr liegt sehr nahe.

So hätte die Theorie Dr. Schachts hier liebliche Früchte getragen. Es ist kein Zufall, daß all diese Forderungen in erster Linie in England aufgestellt werden. England leidet heute wieder auf allen Märkten der Welt unter der scharfen deutschen Konkurrenz. Am schärfsten ist diese Konkurrenz aber auf einem Sonderbezirk des deutschen Exports,

### im Bereich der Sachlieferungen.

Auf dem französischen, belgischen und italienischen Markt genießt die deutsche Kohlenausfuhr dank der Organisation der Sachlieferungen

# Bitte: vergleichen Sie!

Vielleicht rauchen Sie seit Jahr und Tag eine andere 4-Pfg.-Zigarette. Weil Sie von lieben Gewohnheiten nicht gern abweichen, haben Sie bisher Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette ohne Mundstück, noch nicht probiert. Und doch gibt es auch im Reiche der Zigarette (wie in der Literatur und auf andern Gebieten) Neuerscheinungen, an denen man nicht achtlos vorübergehen darf. Gerade Massary-Privat löst in Kennerkreisen soviel aufrichtige Bewunderung aus, daß wir Ihnen einen Versuch ans Herz legen möchten. Sie werden auch sagen:

4<sup>s</sup>  
Massary-Privat  
o/Mdst  
rund u flach

## Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)



## Die Konsumgenossenschaften wehren sich.

Bekanntlich hatte die Organisation der Kolonialwaren-  
händler in Gleichmütigen, Arbeitsburden oder  
fremde Schulkinder in Vertiefungsstellen des Konsumvereins geschickt  
mit dem Auftrag, sich dort unredlichstweise Waren zu verschaffen.  
Die Verteilung von Konsumvereinsangehörigen zu unbefugter Waren-  
abgabe an Nichtmitglieder ist nach dem Genossenschaftsgesetz (§ 152)  
strafbar, wie auch die Warenabgabe an Nichtmit-  
glieder strafbar ist. Die Händler wollten damit  
beweisen, daß der Konsumverein auch Waren an  
Nichtmitglieder abgibt. Nun haben die organisierten  
Stettiner Händler, Fleischer und Bäcker durch ein beson-  
deres Schreiben ihre Berufskollegen aufgefordert, ebenfalls solche  
Prozesse anzustrengen, d. h. in geschwädiger, strafbarer und un-  
moralischer Weise Konsumvereinsangehörige zu strafbarer Waren-  
abgabe an Nichtmitglieder zu verleiten, um dann auf Grund solcher  
unflüchtigen Handlungen Schadenersatz beim Gericht zu suchen.

Die Konsumvereine greifen demgegenüber endlich zum Selbst-  
schutz, nachdem ihre Gebude lange genug mißbraucht worden ist.  
Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bringt folgenden Auf-  
ruf, in dem die Konsumvereine aufgefordert werden, daß sie jedes  
Nichtmitglied, das bei ihnen Einkäufe zu machen  
sucht und die vorherige Erwerbung der Mitglieds-  
schaft ablehnt, verhaften und feststellen lassen,  
ob und von wem sie zu solchen geschwädigen Handlungen ver-  
leitet sind, und in jedem Falle gegen Verleitet und Verleiteten  
Strafantrag zu stellen. Der Name des Verleiteten wäre öffentlich  
bekanntzugeben mit dem Hinweis, daß er sich durch unflüchtige  
Handlungen materielle Vorteile zu verschaffen suchte. Bisher hat  
sich die Konsumvereine dadurch das geschwädig handelnde Gefindel  
vom Leibe, das auf ihre Kosten sogar durch strafbares Verhalten  
Profite zu machen sucht. Im übrigen sei nur immer wieder zu  
betonen: Für keinen Pfennig Ware an Nichtmitglieder! Wer die  
Vorteile der Konsumgenossenschaftlichen Organisation genießen wolle,  
trete ihr gefälligst bei!

## Jahreszeitliche Arbeitsmarktverschlechterung.

Die rückläufige Entwicklung des Arbeitsmarktes setzte sich in der  
ersten Novemberwoche, besonders in den ländlichen Bezirken,  
fort, in denen das Schwergewicht der Erwerbstätigkeit in den Außen-  
berufen liegt. Die inzwischen eingetretenen Niederschläge  
haben zu einem schnelleren Anwachsen der Arbeitslosen beigetragen.  
Es war aber trotz vorhandener Arbeitsgelegenheit nicht  
möglich, den Zuwachs von Arbeitslosen, welche zum größten Teil aus  
der Landwirtschaft, den Forstkulturen und den  
Bahnunterhaltungsarbeiten stammen, so aufzufangen,  
wie es in den Vorwochen möglich war. Auch das Baugewerbe weist  
eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit auf. Die Metall-  
und Maschinenindustrie behauptet weiterhin  
ihren günstigen Stand.

**Rationalisierung und Preispolitik.** In einem von der Handels-  
hochschule veranstalteten Vortragszyklus berührte Professor Bonn  
von der Berliner Handelshochschule auch die Zusammenhänge  
zwischen Rationalisierung und Preispolitik. Wenn der Unternehmer  
sich trotz seiner gesamten Bestehungsstellen weiterhin einen gleich-  
hohen oder nach höheren Preis von den Konsumenten zahlen  
lasse, so wird der Umsatz nicht gesteigert werden. Die Wirkungen  
der Rationalisierung seien dann unvollständig und können für die Ges-  
amtwirtschaft nicht zur Auswirkung kommen. Nach der Meinung  
von Professor Bonn sei die beste Grundlage der Rationalisierung  
die freie Konkurrenz, da sie ständig zur Erhaltung der Kon-  
kurrenzfähigkeit zu Betriebsverbesserungen und Kostensenkungen  
anregt. Ein besonderes Kapitel sei die Rationalisierung  
der Kartelle, die wirtschaftspolitische Schulmeister treiben.  
Auch Fusionen und Stilllegungen verkehren oft ihren Zweck, weil  
Preisfestsetzungen oft nicht eintreten, dagegen auf der anderen Seite  
die Arbeitslosigkeit ansteigt. Die Verschärfung von Wett-  
bewerbsregeln für die Zusammenhänge und Stilllegungen führt zu  
Kapitalverwässerungen, und um das erhöhte Kapital angemessen zu  
verzinsen, werden die hohen Preise beibehalten, also das Gegen-  
teil wirtschaftlicher Rationalisierung erreicht. Wirtschaftliche Ratio-  
nalisierung erfolge nur dann ihren Zweck, wenn sie unter-  
nehmensweise, nicht gruppenweise, vorgenommen  
wird. Auch glaubt Professor Bonn, daß sich der Gedanke, die freie  
Konkurrenz sei hier der notwendige Regulator, immer mehr Bahn  
breche. Nur wird auch die Schutzpolitik, die im schärfsten  
Gegensatz zur Rationalisierung steht, allmählich weichen  
müssen.

**Dauerkredite für Flüchtlingshändler.** Das Reich hat durch Ver-  
trag der Deutschen Rentenbankkreditanstalt die Be-  
förderung der zur Flüchtlingshändler erforderlichen Mittel übertragen,  
die durch Anleihen erfolgen soll. Die Siedlungsdarlehen sind an die  
Vorankündigung geknüpft, daß die zu bewerkstellende Stelle lebensfähig ist  
oder gemacht werden kann. Sie werden von einem Ausschuss  
bei der Rentenbankkreditanstalt endgültig vergeben, können bis zu  
75 Proz. des vorher geschätzten Wertes erteilt werden, sind in voller  
Höhe auszuzahlen und mit insgesamt 4 Proz. zu verzinsen,  
wozu ein Verwaltungskostenbeitrag von 1/2 Proz. kommt. Vom  
Reich etwa früher gewährte Darlehen sind bei der Aufnahme neuer  
Darlehen abzudecken.

**Zusammenbruch eines englischen Kartells.** Das englische  
Baumwollspinnereikartell (Cotton Farn Association),  
das die Schwierigkeiten in der englischen Baumwollindustrie durch  
Zusammenschluß der unzähligen kleinen und mittleren Betriebe und  
durch allgemeine Produktionskontrolle beseitigen wollte, sieht sich  
jetzt gezwungen, alle Produktionsbeschränkungen wieder auf-  
zuheben. Diese Bantrotterklärung des Kartells ist auf die  
Haltung der Aussenländer, der sogenannten „amerikanischen  
Sektion“, das sind die Spinner, die ausschließlich amerikanische  
Baumwolle verarbeiten, zurückzuführen, die durch rückfälligen  
Preisdruck den durch das Kartell im Preise gebundenen Unter-  
nehmungen die Aufträge wegnehmen. Damit ist einer der wichtigsten  
Verfuche in England, Wirtschaft in einer Industrie durch Kar-  
tellierungsmaßnahmen zu beilegen, gescheitert.

**Stoffwert in Finnland.** Eigene Stoffwertwerke zu errichten,  
dazu werden die verschiedensten Gründe. Einmal kann sie fast  
jedem Land brauchen, um die eigene Landwirtschaft zu intensivieren.  
Dann ist der Produktionsprozess einfach, abgesehen von den Paten-  
ten, weil Wasserkraft und Rohstoffe überall vorhanden sind. Endlich  
ist die Industrie sehr lukrativ. Das werden auch für das wasser-  
kraftreiche Finnland die Gründe sein, sich eigene Stoffwertwerke zu  
errichten. Eine Sachverständigenkommission hat der finnischen Re-  
gierung vorgeschlagen, der Staat solle die Produktion aufnehmen.  
Das erforderliche Kapital für zwei Jahre von 64 Mill. Finnmark  
soll aus dem finnischen Staatshaushalt genommen werden.

## IGB. und Generalrat.

Die Engländer hatten an Purcell fest.

London, 8. November. (Eigenbericht.)

Am Dienstag fand in London eine gemeinsame Sitzung des  
Generalrats der britischen Gewerkschaften mit  
dem Vorstand des Internationalen Gewerkschafts-  
bundes statt, in dessen Mittelpunkt die Frage der Beilegung  
des Konflikts stand, der aus der Person des Bundesvor-  
sitzenden zwischen den britischen und kontinentalen Gewerkschaften  
auf dem Internationalen Kongress in Paris entstanden war.

Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat dem Vorstand  
des IGB. einige Vorschläge unterbreitet, die sich auf die Frage  
der Präsidentschaft, der Mitgliedschaft im Vorstand  
und auf das Vorgehen hinsichtlich der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung von Vorschlägen für den Vorstand des IGB.  
bezogen. Zur Frage des Vorsitzenden und der Mitgliedschaft im  
Vorstand stellte der britische Generalrat in seinem der Sitzung unter-

## Techniker!

Wählt am 13. November  
zur Angestelltenversicherungs-Wahl  
die Liste E

Liste der Techniker, Bund der technischen  
Angestellten und Beamten (MFA-Bund)

breiteten Memorandum fest, daß „Großbritannien nicht mehr als  
irgendeine andere Nation einen Anspruch auf die Präsidentschaft im  
IGB. erhebt, jedoch fordert, daß entsprechende Maßnahmen ge-  
troffen werden, um die Vertretung Englands im Vorstand des  
IGB. zu sichern.“ Bezüglich der Frage der Behandlung von  
Kandidaturen für den Vorstand stellte der britische Generalrat fest,  
daß seiner Meinung nach dem Kongress nur dann gestattet sein  
dürfte, eine Person für die Mitgliedschaft in den Vorstand des IGB.  
vorzuschlagen, falls der Kandidat selbst und das Land, dem der  
Vorgeschlagene angehört, ihre Zustimmung geben. Ueber diese  
beiden grundsätzlichen Vorfagen wurde Uebereinstimmung  
erzielt, jedoch stellte der Sprecher des Vorstandes des IGB. fest,  
der IGB. könne keine Zustimmung nur unter der Voraussetzung  
geben, daß dem Internationalen Gewerkschaftskongress das Recht  
verbleibt, gegebenenfalls jede Kandidatur endgültig abzulehnen.

Die Nachmittagsitzung war der Reinigungsverschieden-  
heit über die Person des britischen Kandidaten für den Vor-  
sitz des IGB. gewidmet, wobei bedauerlicherweise die erwünschte Ein-  
igung nicht zustande kam, da die Vertreter des britischen Genera-  
lrats glaubten, auf der Kandidatur Purcell's  
bestehen zu müssen. Die Vertreter des Vorstandes des IGB.  
erklärten hierauf, daß sie den britischen Vorschlag für den Vorstand  
des IGB. nach wie vor nicht annehmen könnten, nachdem  
der Internationale Kongress bereits in dieser Frage ge-  
sprochen hätte. Die Frage des Vorzuges des IGB. wird  
bevor die nächste Ausschussung des IGB. im Januar  
1928 in Berlin beschaffen. Es besteht ernste Hoffnung, daß  
wenigstens dann eine Beilegung des Konflikts erfolgt.

Der Vorstand des IGB., der am Mittwoch zur Behandlung  
laufender Fragen wieder zusammentritt, wird auf Grund des  
ergebnislosen Verlaufes der Verhandlungen bis auf weiteres ohne  
Teilnahme eines britischen Vertreters tagen  
müssen. Das nach Beendigung der Sitzung ausgegebene Kommuniqué  
betont nachdrücklich, daß die Erörterungen in herzlichem  
und freundschaftlichem Tone geführt worden seien  
und auf beiden Seiten der Hoffnung Ausdruck gegeben worden  
sei, in der Personfrage zu einem beiderseitigen Einver-  
ständnis zu gelangen.

Wir glauben nicht, daß es außerhalb des Genera-  
lrats des englischen Gewerkschaftskongresses viele Leute geben  
wird, die das Festhalten an der in jeder Beziehung unmög-  
lichen Person Purcell's verstehen, geschweige denn billigen  
werden. Wir gestehen den englischen Gewerkschaften selbst-  
verständlich die vollste Freiheit zu, für ihre Organisationen  
die Taktik und die leitenden Personen zu wählen, die sie für  
richtig halten. Wir werden dabei mit ihnen immer uns soli-  
darisch fühlen, auch wenn wir weder mit der Taktik noch mit  
den leitenden Personen völlig übereinstimmen. Das haben  
wir besonders während des Bergarbeiterstreiks be-  
wiesen. Aber der IGB. ist eine internationale Orga-  
nisation. Und für die — der Beweis ist zum Ueberdruß er-  
bracht — ist Purcell unmöglich.

## Die Löhne der Reichsarbeiter.

Unter dem Reichsindex.

Trotz der persönlichen Aussprache der Organisationsvertreter  
der Reichsarbeiter mit dem Reichsfinanzminister am 25. Oktober  
und trotz der darauf sofort von den Organisationen vorgenommenen  
Uebermittlung des Lohnmaterials hat das Reichsfinanzministerium  
zu der dringenden notwendigen Aufbesserung der Löhne noch immer  
keine entscheidende Stellung genommen. Wie wir  
erfahren, soll nun am kommenden Freitag, vormittag  
11 Uhr, im Reichsfinanzministerium eine neue Aussprache  
stattfinden. Wird diese Aussprache jetzt endlich zu einem befrie-  
digenden Resultat führen?

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat in den Verhandlungen  
über die Erhöhung bzw. Reuegewährung von Ortslohnzulagen eine  
fünfprozentige Zulage für Königsberg, Halle und Kottbus angeboten,  
was praktisch eine Lohnzulage von 3 Pf. für diese Orte be-  
deutet. Bei der engen Verwandtschaft zwischen Reichsbahn-Gesellschaft  
und Reichsfinanzministerium ist zu befürchten, daß auch das Reichs-  
finanzministerium einen ähnlichen Weg einschlagen beabsichtigt.  
Bei den Reichsarbeitern ist die Not außerordentlich

groß. Vor einigen Tagen ging dem Verband der Gemeinde- und  
Staatsarbeiter ein für diese Verhältnisse bezeichnendes Schreiben  
zu. Es ist aus Forst (Aulzig) unter dem 28. Oktober 1927 vom  
Außenrichter des Amtsgerichts an den Verband der  
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 33, gerichtet und lautet:

„Der Herr Justizminister hat durch Erlaß vom 4. Oktober  
dem hiesigen Amtsgericht eine Reinigungsrau für acht Stunden  
täglich zu 36 Pf. bewilligt. Trotz aller Bemühungen ist es in der  
hiesigen Industriestadt nicht möglich gewesen, hierfür eine Frau  
zu finden. Ich bitte um sofortige Mitteilung (auf Veranlassung  
des Kammergerichts), ob nun dort eine Frau für diesen Preis ge-  
stellt werden kann, anderenfalls um eine entsprechende Beschlei-  
gung, um dann einen höheren Betrag bewilligt zu erhalten.“

Wie aus einer Arbeitsordnung vom Jahre 1913 herorgeht,  
konnte damals ein ungeheurer Arbeiter beim Artillerie-Depot in  
Stettin bis zu 4,95 M. pro Tag verdienen, während er heute im  
selben Verhältnis bei einer 51stündigen Arbeitswoche im Höchst-  
fall 5,05 M. verdienen kann. Aus einer Arbeitsordnung vom  
Jahre 1900 geht hervor, daß damals die ungelerneten Arbeiter beim  
Artillerie-Depot in Spandau Löhne bis zu 5,31 M. pro Tag ver-  
dienten, während heute der vergleichbare Arbeiter bei 51stündiger  
Arbeitszeit nur 6,88 M. pro Tag verdienen kann. Also selbst in  
Berlin, wo neben Hamburg die höchsten Löhne gezahlt werden, ist  
die gegenwärtige 50prozentige Uebertreibung gegenüber der Vor-  
kriegszeit noch lange nicht abgegolten. Diese Beispiele  
lassen sich beliebig vermehren. Trostlose Zustände!

Angesichts dieser geradezu katastrophalen Verhältnisse ist der  
Ruf der Reichsarbeiter nach einer allgemeinen Lohn-  
erhöhung mehr als berechtigt. Die Reichsarbeitererschaft erwartet  
vom Reichsfinanzministerium, daß die neuen Verhandlungen end-  
lich Klarheit und einen befriedigenden Lohn bringen.

## Berschärfung im Rheinland.

Letzte Verhandlungen in der Textilindustrie.

Elberfeld, 8. November.

Die Streiklage in der Textilindustrie hat sich heute dadurch  
verschärft, daß auch die Wäbelstoff- und Leppich-  
industrie in den Streik getreten ist. Zwischen Unternehmern  
und Arbeitern finden heute nachmittags 3 Uhr im Barmer Rathaus  
vor dem staatlichen Schlichter, Beigeordneten Dr. Bragard, Be-  
sprechungen statt.

## Die Verhandlungen in Oesterreich.

Seipel hufft zurück.

Wien, 8. November.

Heute vormittag wurden die Verhandlungen zwischen der Re-  
gierung und den Bundesangestellten wieder ausgenommen. Bundes-  
kanzler Dr. Seipel gab die Erklärung ab, er wolle dem Wunsch  
der Bundesangestellten, die dienstlichen Fragen zugunsten der Lohn-  
verhandlungen juristisch stellen, Rechnung tragen, möchte aber den  
Rat geben, sich in den Organisationen unterdessen mit seinen Argu-  
menten zu beschäftigen. Die Streikfrage könne zwar im Ein-  
verständnis zwischen Regierung und Bundesangestellten von der  
Tagesordnung der gegenwärtigen Verhandlungen verschwinden,  
er glaube aber nicht, daß sie von der Tagesordnung der öffentlichen  
Meinung verschwinden werde, ehe sie eine Lösung gefunden habe.  
Im Verlaufe der heutigen Aussprache mit den Beamten teilte Fi-  
nanzminister Dr. Kienböck das Ergebnis der Prüfung der ma-  
teriellen Forderungen durch das Finanzministerium mit. Danach  
würde die Erfüllung der Forderungen der Bundesangestellten rund  
200 Millionen Schilling erfordern, eine Summe, welche dem Ge-  
samtertragnis der Warenumschlagsteuer für den Bund und die auto-  
nomen Körperschaften oder dem Gesamtergebnis der Zölle gleich-  
kämen und das Ertragnis der Tabakregie bedeutend überschreiten  
würde. Was dies für das Budget bedeuten würde, brauche wohl  
nicht auseinandergelegt zu werden. Nach einer längeren Diskus-  
sion wurde die Fortsetzung der Verhandlungen auf morgen nachmittag  
festgesetzt.

**Verbandsrat der SPD. des Bezirksamts Friedberg.** Große  
öffentliche Versammlung aller im Schlichte-Gesellschaftsbund beschäf-  
tigten Beamten, Angestellten und Arbeiter am Donnerstag, 10. November,  
19/4 Uhr, Heintzschs Hof, Große Frankfurter Str. 30. Tagesordnung:  
1. „Öffentlicher Dienst und Sozialdemokratie.“ Referent: Bürgermeister  
Wieland. 2. Preis-Aussprache.  
**Verbandsrat der SPD. des Bezirksamts der Eisenbahnen.** Eisen-  
bahner! Donnerstag 10 Uhr in Schlichte-Gesellschaftsbund, Eisen-  
bahner! Große öffentliche Eisenbahner-Versammlung. Genosse Albert  
Trübner spricht über das Thema „Der Kampf um die politische  
Macht.“ Die Streiknahme der Eisenbahnerregulierung mit den Arbeit-  
partnern im Reichstag muß ein Anzeichen sein, die Verwirklichung  
einer wichtigen Aufgabe zu gestalten. Eisenbahnerausweis  
legitimiert.

**Freie Gewerkschaften Groß-Berlin.** Heute, Mittwoch, 19/4 Uhr, tagen  
die Gruppen: **Rechts:** Gruppenheim Jugendsheim Bergr. 29. **Del.** Eine  
Feierstunde. **Schwaben:** Gruppenheim Stadt, Jugendsheim Poststr. 11.  
**Adelsgedächte:** Revolutionärer. **Rechts:** Jugendsheim Wehler Str. 16-19.  
**Vortag:** Das englische Antigenewerkschaftsgesetz. **Rechts:** Gruppenheim  
Jugendsheim Grosseallee Str. 10. **Kartag:** Vom Jungferstein zum freien  
Arbeiter. **Rechts:** Gruppenheim Baumhändlerweg, Gertr. 36.  
**Vortag:** Die Bedeutung des 9. November für die Arbeiterklasse. **Rechts:**  
Jugendsheim Bergr. 29. **Vortag:** Die Auswirkungen der Revolution 1918  
auf die Gewerkschaften. **Rechts:** Gruppenheim Rehdorfer Str. 24-25.  
**Rechts:** Gruppenheim. **Rechts:** Unter Kapelle 10/11 um 19 Uhr im  
Jugendsheim Wehlerstraße, Berliner Str. 31 (Schule). **Rechts:** Gruppen-  
heim 30 Uhr in der Wehlerstraße, Wehlerstr. 3 (Kleinanzimmer).

Altbewährt bei  
**Arterien-  
verklüftung  
und erhöhtem  
Blutdruck**  
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11,  
Schöneberger Str. 18a. T. Lützow 8260/61.

14<sup>Mark</sup>  
der moderne  
**14-Anzugstoff**  
Koch, Island  
Gertraudenstr. 20/21 gegenüber Petritsche

**MAGGI Würze** hilft Fleisch sparen.  
Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort  
kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.  
Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen  
zu RM 6.50.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI** Würze.



## Münchener November.

Von Felix Fechenbach.

Es war der erste Sonntag im November 1918. In München versammelten sich vormittags um 10 Uhr ein Häuflein von kaum tausend Menschen auf der Theresienwiese vor der Kiesenstatue der Bavaria zu einer Friedenskundgebung der Unabhängigen. Die Einladungen zu dieser Kundgebung konnten nur mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Einmal hatte das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten, dann aber war auch kein Geld da, Flugblätter drucken zu lassen. Die Polizeidirektion hatte erst nach schwierigen Verhandlungen im letzten Augenblick die Durchführung der Veranstaltung erlaubt. Aber man hatte Bedingungen gestellt. Sehr merkwürdige Bedingungen, die bissharig die ganze Situation beleuchteten. Die Polizeidirektion forderte von der Versammlungsleitung, daß sie die Soldaten nicht zum Ungehorsam und zur Meuterei auffordere, daß sie keine Demonstration veranstalte und die Republik nicht ausrufe. Es knisterte schon im Gedäl des alten Staates. Kurt Eisner sprach zu den Versammelten. Die Versammlungsleitung forderte zu keiner Demonstration auf. Aber nach Schluß der Kundgebung kam spontan aus der Menge der Ruf: „Auf nach Stadelheim!“ Dort sahen noch drei Gefangen vom Januarstreik her im Gefängnis.

Zweihundert Entschlossene zogen zum Gefängnis, weit außerhalb der Stadt. Polizei zu Fuß und zu Pferd, berittene Gendarmen und ein Zug Unteroffiziere des bayerischen Leibregiments wurden alarmiert. Aber sie traten nicht in Aktion. Von 12 Uhr mittags bis 19 Uhr abends hielten die Demonstranten vor dem Gefängnis aus und erzwangen eine Unterredung mit den Gefangenen. Die Freilassung der Inhaftierten wurde in Aussicht gestellt. Dann zog man zur Stadt. In den Straßen hüllten Kampflieder der Arbeiter wider Friedensrufe erschollen und der Zug der Demonstranten schloß an, je näher man dem Stadttoren kam. Alles, was auf den Straßen war, zog mit und als die Demonstration vor dem Wittelsbacher Palais — dem Wohnsitz des letzten Bayernkönigs — ankam, war sie zu einer unübersehbaren Menschenmasse angewachsen.

Da sprang einer aus der Menge auf das Eisengitter vor dem Königspalast: „Voll von Mäulern! Entscheidungsvolle Tage liegen vor uns. Es gilt jetzt bereit zu sein!“ Und dann schilderte er die politische Situation, erzählte die Vorgänge vor dem Gefängnis, forderte nochmals die Freilassung der politischen Gefangenen und ließ die Anwesenden schwören, die Freilassung zu erzwingen, wenn sie nicht bis zum nächsten Tag erfolgt sei. Jubelnde Zustimmung brauste ihm entgegen und unterbrach seine Schlusssätze, die in den Ruf ausliefen: „Es lebe der Friede, es lebe die Freiheit, es lebe die soziale Republik!“ Die Polizei hatte nicht gewagt, die Kundgebung zu stören. Aber zur gleichen Stunde, da die Menge vor dem Wittelsbacher Palais stand, waren die drei Gefangenen auf freien Fuß gesetzt worden.

Zwei Tage später, am 3. November, als in Kiel die Matrosen die rote Fahne entrollten, sprach Kurt Eisner wieder auf der Theresienwiese. Es waren an Zwanzigtausend, die im Dunkel auf dem weiten Plan standen. Sie wollten in die Stadt ziehen. Eisner hielt sie zurück. Es war schwer. Die Menge tobte. Und doch gelang es Eisner, eine unübersehbare Aktion zu verhindern.

„Nicht jetzt,“ beschwor Eisner die Masse, „nicht in der Nacht wollen wir aufbrechen. Die Sache des Volkes hat nicht das Licht des Tages zu scheuen. Im Strahl der hellen Sonne wird sich das Volk erheben. Ich sehe meinen Kopf zum Pfande, ehe vierundzwanzig Stunden verstreichen, wird sich das Volk von München erheben!“ Im Ministerium des Innern überlegte man sich, ob Eisner verhaftet werden sollte. Aber man wagte diesen Schritt zuletzt doch nicht. Und die entscheidenden Ereignisse reisten heran.

Für den 7. November hatten SPD, USR und Gewerkschaften eine gemeinsame Friedenskundgebung auf der Theresienwiese vereinbart. Um 1 Uhr nachmittags heulten die Fabrik sirenen und still wurde um die Maschinen. Die Abendblätter konnten nicht erscheinen. In unübersehbaren Zügen strömten die Massen zur Demonstrationswiese. Ganz München war auf den Beinen. Viele rote Fahnen wehten über den Köpfen. Plakate wurden mitgeführt und mitten unter einer Gruppe Feldgrauer sah man eine große weiße Tafel mit der Aufschrift: „Es lebe die Revolution!“

Auf den Gesichtern lag Spannung. Man wachte: Heute geschieht Entscheidendes. Die Ortskommandantur hatte die Soldaten in den Kasernen zurückgehalten. Aber viele waren trotzdem ohne Erlaubnis weggegangen und vom Feld waren viele Urtauber in München. Die kamen alle zur Demonstration. Und die grauen Uniformen mischten sich unter die Männer im Arbeitsittel. Möglich hebt ein Soldat eine wallende rote Fahne hoch über die Köpfe und ruft in die Menge: „Alle Soldaten zu Kurt Eisner!“ Der Ruf pflanzte sich fort, wird weitergegeben wie ein Befehl. Die Feldgrauen sammeln sich um die rote Fahne.

Fünfzehn Minuten sollten die Redner sprechen. Dann sollte eine Resolution angenommen werden, die den Waffenstillstand forderte und den von den Alldeutschen propagierten Gedanken der „Nationalen Verteidigung“ ablehnte. Auch die Forderung nach Parlamentarisierung und Demokratisierung des Staatswesens sollte nicht. Oben an der Bavaria auf der großen Freitreppe stand Erhard Hueber, der Führer der SPD, dann folgten die anderen Redner am Biesenhang entlang mu je fünfzig Meter Abstand und weit unten stand Kurt Eisner, der Hauptredner der USR.

Da kommt Bewegung in die Masse. Die Soldaten ziehen hinter einer roten Fahne mitten durch die Menge zu Eisner. Ein Zeichen wird gegeben. Die Ansprachen beginnen. Die Resolution wird begründet, die ganze Gefahr der augenblicklichen Situation geschildert. Abstimmung: Mehr als hunderttausend Hände erheben sich für die Forderungen der Münchener Arbeiter. Dann zieht Kurt mit einem Teil der Demonstranten durch die Stadt zum Friedensengel. Unterwegs schließen sich die Soldaten der Residenzwache dem Zuge an, der überall mit Jubel begrüßt wird.

Aber dort, wo auf der Wiese die Soldaten standen, war nicht alles so programmäßig und ruhig verlaufen. Drei Redner sprachen dort. Zuerst Eisner kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln. Ein Vertreter der Bauern verspricht, daß das Landvolk die Arbeiter nicht im Stich lassen werde. Dann springt ein Feldgrauer auf die Bühne. Er trägt eine rote Fahne, erinnert daran, daß die Soldaten der Garnison in den Kasernen zurückgehalten wurden: „Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution!“ Das war das Signal. Brausender Jubel setzt ein und im Sturmstrei-

geht's zu den Kasernen, voran die rote Fahne. In der Guldenschule waren Landstürmer untergebracht. Sie standen mit scharfer Munition in Bereitschaft. Das Tor ist verschlossen. Man schlägt Fenster ein. Zwei Soldaten dringen ein. Mit den draußen Wartenden war vereinbart worden, nach fünf Minuten zu stürmen, wenn das Tor nicht geöffnet wird. Im Zimmer des Kommandanten verhandeln die zwei Eingestiegenen wegen Uebergabe der Schule. Der Kommandant weigert sich. Die vereinbarten fünf Minuten verstreichen. Draußen fürchtet man für das Schicksal der beiden Kameraden. Das Tor wird gesprengt. Die bewaffnete Bereitschaft geht zu den Stürmenden über. Waffen und Munition werden mitgenommen und weiter geht's zur großen Kaserne auf dem Marsfeld.

Bis zum Abend waren alle Kasernen, die Ministerien, Bahn und Post in der Hand der Revolutionäre. Um 22 Uhr tagte bereits die erste Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates im Landtaggebäude. Am Morgen des 8. November die Münchener Bürger erwachten, lasen sie in ihrer Zeitung voller Stoumen die Proklamation des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates: „Bayern ist fortan ein Freistaat.“ Und über München wehten rote Fahnen.

## Neunter November.

Das Volk erwachte. Jörn fuhr in die Massen,  
Der bleiche Hunger stachelte die Wut,  
Nach Sühne schrie das hingegohne Blut,  
Es quoll der Aufruhr aus der Armut Gassen.

Fort mit den Epauletten, die wir hassen,  
Und mit der Fürsten angemahnter Brut!  
Uns lockt kein Land, uns treibt kein Hebermut,  
Doch nimmer wollen wir uns knechten lassen.

Wir stürmten los! Dann aber klang es laut:  
Jetzt wollen wir ein neues Heim errichten,  
Das Haus der Freiheit wird von uns erbaut.

Kein Sturm wird je dies heilige Werk vernichten,  
So lang' das Volk der eignen Kraft vertraut,  
Im Rechte fest und fest in seinen Pflichten.

Heinrich Duderstadt

## Zum Revolutions-Tage.

Von Hans Heinrich Strätner.

Nur ein Märchen.

Es schwimmt in meinem schweren Blut. August 1914. Die Bäume reckten sich hoch auf und streckten ihre Zweige von sich weg, als wenn Kinder einen Reigen machen. Aber sie sahen so düster und drohend aus, daß sie eher eisernen Gittern glichen, die Erde und Himmel trennten.

Die Kinder schien der Wind fortgetragen zu haben, auch die Vögel schlüpfen eiligst durch die düsteren Stäbe des Gitters. Kinderlachen und Vogelgelächte pochten nicht in die Welt der Schreie, des Todes, der Tränen. Die Menschen sprangen von den Rarmarktsufen, die sie in Tausenden von Jahren erreicht hatten, wollten und sollten wieder Chaos und Unform sein. Fluketen durcheinander, gegeneinander, aber nicht unter geistigen Himmeln, sondern durch sumpfige Gräben, die Leichsinn und Mordgier der herrschenden gezogen. Mensch brandete gegen Mensch. Hinter heroischen Worten und Hurrageschrei verborg sich das leere „Warum“.

Auf die wüste Stirn der Menschheit schrieb der Tod sein Beken. Hintend schlich der Wahnsinn durch die Masse, sah manchem Menschenkinde in die Augen. Hunger wurde allumfassende Gebärde.

Die Sonnenstrahlen aber glühten Pierden, die vor einem Abgrund bäumen und schossen eiligst zurück in den Weltraum. Darum waren vier Jahre lang so wenig Sonne und so viel Tränen in der Welt.

Eine Vision.

Ich stand auf einem hohen Berge und sah ins Menschentand. Dunkle Wolkensäulen mit langen Rägeln zertrugten das bleiche Antlitz des Mondes, knüllten die Lichtstrahlen zusammen und schleuderten sie in Bündeln ins Tal.

Ein unheimliches Gefühl raste durch das feine Wandgewebe und rief ein großes Loch hinein. Menschen schrien auf. Sie lagen überfahren auf der Straße, mit zerquetschten Gliedern und blutigen Hirnen. Ein Mann sprang auf, erhob die Faust und hielt darin sein abgefahrenes Bein, wie eine Keule, drohend.

Da drehte sich die Wandscheibe und hob einen Parteitisch aus den Armen der Nacht. Selbstischen standen im Kreise, und ihre Schatten strichen mitleidig über das Wirnis trunkener Leiber. Draußen aber kauerten Mütter und Frauen, Runen vor Not und Sorge in den Gesichtern. Hofgefang drang wie das Rollen unterirdischer Gewässer zu mir herauf.

Wieder warfen Schatten das Bild in Trümmer und die Wandscheibe zogen eine weiße Straße durchs Land. Das unheimliche Gefühl rollte langsam. Hinter dem Führerfuhr tauerte ein unheimlicher Gast, neben ihm lag das abgekehrte Bein. Möglich redete er sich hoch, griff das Steuer. In den Abgrund saufte der Kriegswagen. Menschen standen jubelnd im Morgensonnenschein: Zerfetzt! Vorbei! Loht uns Brüder kein!

Symbol.

Im Herbststurm steht ein junger Baum. Die Blätter des lauen Lenzes sind abgefallen wie Kinderträume von Kämpferstirnen. Junger Baum, die Erde war hart, in die du 1918 gepflanzt wurdest. Die Trümmer der alten Zeit sind noch nicht zerbröckelt, noch engen sie dich ein. Wachse in Geduld, diese Trümmer haben keinen Sinn. Erschrick nicht, wenn du noch nicht groß genug bist, um die Welt zu überschatten. Sieh, wie viele stehen abseits, die dir den Boden bereiten müßten, so viele sind müde, die dich stützen müßten. Am 9. November grüßen dich rote Fahnen: Deutsche Republik!

## Wilhelms Fahnenflucht.

Von Herbert Gulenberg.

Wie entnehmen diese Schilderung dem im Verlage von Bruno Cassirer erschienenen Werk „Die Hohenzollern“ von Herbert Gulenberg.

Ein Soldat und nichts Schöneres als ein Soldat hatte er doch kein Leben lang sein wollen. „Kinder, es ist ein tüchtiger Refrut!“ teilte Papa Brangel, der verknöchertste Kommisskopf, der jemals preußischer General war, der Berliner Bevölkerung gleich nach der Geburt des Prinzen mit. Und auch Vater Friedrich, der doch selber seinen Rappel fürs blaue Tuch hatte, meinte, als der Junge großjährig wurde, verschmüpft zu seiner Frau: „Der Bengel kann vorläufig über nichts anderes reden als über seinen Dienst.“ Dem Heer galten während der fünfundsanzigjährigen Herumfahrelei, bereitwegen er allgemein der „Reifkaiser“ im Volke hieß, Wilhelms meiste Besuche, seine häufigsten Reden, seine stärkste Sorge. Immerfort wandte er sich ja in Tausenden von Ansprachen, die alle im Grund das selbe belagten, an seine Soldaten zu Wasser und zu Lande. Nie wurde er müde, dem jüngsten wie dem ältesten seiner Krieger die soldatischen Tugenden vorzuhalten und zu predigen, deren oberste er selber dann verkehrte, als es hart auf hart ging. Er stellte ja auch während seiner ganzen Herrschaftszeit ständig in irgendeiner bunten Heeresstrauch und trat fast bei keiner Gelegenheit in bürgerlicher Kleidung auf, ein Umstand, der im Ausland allgemein unangenehm vermerkt wurde. Sein Leben bis zum Krieg war in der Hauptsache ein fortwährendes Mustern und Nachprüfen seiner Truppen gewesen, die damals gebildet wurden, als hätte man ihnen die letzte Luft an dem „fröhlichen“ Kriegshandwerk nehmen wollen. Er kniete sich geradezu in den Kasernen- oder Wandverstaub, und nie zuvor hat ein Hohenzollernfürst, auch der vom Soldatenkoller ergriffene Vater Friedrichs des Großen nicht, sich derartig erpicht in das Heerwesen und die Drillerei verfallen als Wilhelm der Zweite. Er hatte ja nicht nur wie sein in Gott ruhender Großvater, dem er allein den Beinamen „der Große“ verlieh, für seine stehenden Landtruppen zu sorgen, wo es ständig Paraden abzuhalten und neue Abzeichen, als da waren Standarten, Säkularbänder, Eichenblätter, Namenszüge, Rigen, Spangen, Grenadiermützen, Apfelsinenorden, Fingerringe, Haarbüschel und andere Kinkersfischen zu erfinden galt und wieder immer wieder Sittenpredigten zu halten hieß. Er hatte sich noch dazu seine Kriegsschlöße zugelegt, „Billig keines Spielzeug“, wie Onkel Eduard und England wußelten, denen er mit dieser für einen Krieg unzureichenden Waffe ständig in die Augen stach. Bisher hatte er trotz eines gelegentlichen, schnell wieder verfallenden Buschels seiner verstorbenen Majestät Friedrich Wilhelms des Vierten, der den Jodebusen für Preußen erhandelte, kaum eine streitfähige deutsche Kriegsschlöße gegeben. Die wurde erst von Wilhelm langsam zusammengedacht. Was hier in jenen Jahren, bei seiner neuen Seemacht nach seinen genauen Angaben an ewiger Schließerei der Seefolaten geleistet wurde, das verdiente unter die Höllenqualen Dantes aufgenommen zu werden.

Dabei verstand der Kaiser nur den äußeren Drill, von der ganzen Kriegsspielerei, deren Feinheiten er, sofort als es Ernst wurde, anderen überlassen mußte. Man löschte im ganzen Heer vom allen Schließen, dem Unglücksurheber des Durchzugspannes durch Belgien, bis hinunter zum untersten Generalkapitän, über die unmöglichen kriegskünstlerischen Proben, die er, um sich in seiner Glanzrolle hoch zu rufen zu zeigen, unter unendlichen Mühseligkeiten für den übrigen „Troß“ allherbstlich aufzog. Immerhin hatte man erwartet, daß er, der sich soundso oft als „oberster Kriegsherr“ vorgeführt hatte, standhalten werde, wenn es einmal galt, die so zahllose Male von den anderen geforderten soldatischen Tugenden am eigenen Leibe zu bewähren. Und da geschah das Unerwartete, das Schlimmste, das er tun konnte: Er übergab den Degen, von dem er laut zu Beginn des Krieges erklärt hatte, daß er ihn nur als Sieger in die Scheide zurückstoßen würde, einem holländischen Grenzwachposten und floh unter den Schuß einer fremden Königin ins Ausland. Hiergegen war das stille Armeekreuzen eines Napoleons des Dritten, der sich umzingelt von einem mächtigeren Feind, in Sedan läßt seinen besiegten Truppen gefangennehmen ließ, eine Heidenhaftigkeit, ein gefochtes würdevolles Ergehen in ein Kriegsunglück, das den Tapfersten und Tüchtigsten treffen kann. Wilhelm aber verging sich in der grauen Herbstnacht vom 9. zum 10. November 1918 gegen die einfachste aller Soldatenpflichten, deren Uebertretung im neunten der früheren Kriegsartikel als eine Unwürdigkeit und Ehrlosigkeit bezeichnet wird und die nach diesem selben Artikel 9 im Frieden die Herabsetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und im Felde die sofortige Todesstrafe durch Erschießen zur Folge hat. In dieser einen einzigen schmachvollen Novembernacht zertrümmerte Wilhelm nicht allein sein Fürstentum, sondern auch die ganze seit Jahrhunderten geheiligte Ueberlieferung des preußischen Heeres, für die er fünfundsanzig Jahre lang die geschmolzensten Worte gefunden und geprägt hatte. Die Pflichttreue, dieser Fetisch, dies Götterbild, vor dem er ununterbrochen Weidwacht geschwenkt hatte, wurde nun von ihm selber verunglückt. Er floh, als erster der Hohenzollernherrscher, vor seinem Volke und vernichtete damit die Schöpfung der Könige Preußens, die Arme, auf die man mit Recht stolzer gewesen war als auf alles andere. In dieser einen nachgrauen häßlichen Novembernacht verankerte mit ihm all die Fahnen, Standarten und Ehrenzeichen Preußens, die alle von ihm erneuert, soundso oft pomphaft bei Truppenparaden und Prunkzügen an ihm vorbeigetragen worden waren, die er soundso häufige Male mit trompetender oder schmetternder Stimme angefeiert hatte, wobei ihm gelegentlich gar ein paar Tränen entfallen waren. In dieser einzigen Novembernacht begrub er unter den Trümmern seines Thrones all die Titel und Orden des Kaisers und Königreichs, die er und seine Ahnen geschaffen und verliehen hatten.

In dieser ewig schmachwürdigen Novembernacht, seiner Trohnenflucht bewies er, aber auch andererseits, daß er die donnernden Redensarten, der ganze Wortschwall, mit denen er sein Land und die Welt fünfundsanzig Jahre lang überflutet hatte, nur Getöse und er selber nichts als ein Schauspieler gewesen war. Und plötzlich fiel es allen wie Schuppen von den Augen, und sie erkannten den Komödianten, den er bisher so geschickt verborgen hatte.

Man kann in Wünschen sich vergessen,  
Man wünschet leicht zum Ueberfluß,  
Wir aber wünschen nicht vermesslen,  
Wir wünschen, was man wünschen muß;  
Denn soll der Leib im Menschen leben,  
So brauchet er sein täglich Brot,  
Und soll er sich zum Geist erheben,  
So ist ihm seine Freiheit not. 2. Ußland

